

Wortprotokoll

Öffentliche Sitzung

Ausschuss für Wissenschaft und Forschung

69. Sitzung
1. Juni 2026

Beginn: 09.32 Uhr
Schluss: 12.08 Uhr
Vorsitz: Franziska Brychcy (LINKE)

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Siehe Beschlussprotokoll.

Punkt 1 der Tagesordnung

Aktuelle Viertelstunde

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 2 der Tagesordnung

Bericht aus der Senatsverwaltung

Siehe Inhaltsprotokoll.

Vorsitzende Franziska Brychcy: Wir gehen über zu

Punkt 3 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
Studierbarkeit in Zeiten der Kürzungen
(auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)

[0198](#)
WissForsch

Hierzu: Anhörung

Zu der Anhörung begrüße ich herzlich Frau Emily Adler vom Referat für Lehre und Studium des Referent*innenrates der Humboldt-Universität zu Berlin, Frau Dr. Constanze Baum, Vorstandssprecherin der Landesvertretung Akademischer Mittelbau Berlin – LAMB –, Frau Dr. Julia Neuhaus, Stellvertretende Vorstandsvorsitzende der Landeskonferenz der Rektor*innen und Präsident*innen der Berliner Hochschulen – LKRP – und Präsidentin der Berliner Hochschule für Technik, Frau Maria Rohde vom studierendenWERK BERLIN, Bereichsleitung Beratung Finanzierung & Soziales, und Frau Lisa Wilde vom StudentInnenparlament der Humboldt-Universität zu Berlin. Herzlich willkommen!

Ich stelle fest, dass auch Sie mit dem Vorgehen, insbesondere mit den Liveübertragungen und Bild- und Tonaufnahmen und deren anschließender Veröffentlichung, einverstanden sind. – Das ist der Fall, dazu nehme ich keinen Widerspruch wahr. Danke schön für Ihr Einverständnis!

Dann gehe ich davon aus, dass die Anfertigung eines Wortprotokolls gewünscht wird. – Das ist der Fall. – Möchte die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen den Besprechungspunkt begründen? – Frau Neugebauer, Sie haben das Wort!

Laura Neugebauer (GRÜNE): Vielen Dank! – Wir haben diesen Tagesordnungspunkt schon vor längerer Zeit angemeldet und sind froh, dass wir ihn heute hier besprechen können. Bevor wir uns dem Ende dieses Semesters nähern, de facto schon in den Vorbereitungen des nächsten Semesters sind, aber auch im ersten laufenden Semester sind, das unter dem Zeichen der Hochschulvertragskürzungen läuft, wollen wir noch einmal die Chance nutzen, zu eruieren, wie sich diese Kürzungen im Moment auf Studienverlaufspläne auswirken.

Wir alle wissen, dass die Mittelbaustellen die ersten Stellen waren, die weggefallen sind. Die Professuren, die frei wurden, waren diejenigen, die nicht nachbesetzt werden können. Das entbehrt am Ende jeglicher Steuerung. Das heißt, für eine Steuerung darüber, welche Professuren, welche Mittelbaustellen wir brauchen, um bestimmte Studienverläufe überhaupt weiterhin für die Menschen, die schon immatrikuliert sind, sicherzustellen, wollen wir hier erfragen, ob im Moment überhaupt noch gesichert ist, dass das möglich ist.

Das ist vor allem vor dem Hintergrund der Fall, dass wir in der Stadt Berlin sind, wo wir jetzt schon sehen, dass die Anzahl an BAföG-Anträgen zurückgeht. Das heißt, die Zahl von Menschen, die sich das Studium in der Stadt noch leisten kann, sinkt, Menschen beginnen ihr Studium hier nicht, weil sie keinen Wohnraum finden. Der Studienverlauf ist aber immens wichtig im Kontext davon, wer beim BAföG weiter gefördert wird. Damit ist das vor allem ein weiterer Druckfaktor auf die wenigen Leute, die in dieser Stadt überhaupt BAföG beziehen,

und es hat auch einen Einfluss auf diejenigen, die nicht dieses Privileg von Eltern und Familie haben, die sie beim Studium unterstützen können. Denn jedes Semester, das man länger studieren muss, ist am Ende ein Semester von Doppelbelastung zwischen beruflicher Tätigkeit und Studium, in dem jede mögliche abgelegte Leistung zählt.

Deswegen wollen wir hier noch einmal gezielt nachfragen: Wie wirken sich die Kürzungen im Moment auf die Studienverlaufspläne der Studierenden aus? Was lässt sich aber vielleicht auch schon für die Zukunft, für das nächste Semester erkennen? Was lässt sich erkennen, wenn wir diesen Trend so weiterfahren? Was wäre nötig, um hier entgegenzuwirken und sicherzustellen, dass am Ende ein Studium in Berlin auch ein Abschluss in Berlin heißt, und zwar in der Geschwindigkeit, in der man selbst studieren möchte und kann, und nicht in der Geschwindigkeit, in der es personelle und finanzielle Kapazitäten der Hochschulen zulassen?
– Vielen Dank!

Vorsitzende Franziska Brychey: Vielen Dank! – Dann kommen wir jetzt zur Anhörung. Sie haben circa fünf Minuten Zeit für Ihr Eingangsstatement. Dann kommt die Fragerunde der Abgeordneten, Sie dürfen sich die Fragen gerne notieren, und danach haben Sie die Gelegenheit, dann ohne Zeitbegrenzung, die Fragen der Abgeordneten zu beantworten. Wenn Sie sich nicht anders geeinigt haben, würden wir einfach in alphabetischer Reihenfolge vorgehen. – Ich sehe keinen Widerspruch. Dann machen wir das so. – Als Erste ist dann Emily Adler an der Reihe.

Emily Adler (Referent*innenrat HU Berlin): Sehr geehrte Ausschussmitglieder! Vielen Dank für die heutige Einladung zur Anhörung zu den Auswirkungen der Kürzungen auf den Bereich Lehre und Studium! Die Situation wird drastischere Auswirkungen haben, als wir es uns jetzt vorstellen können. Studienplätze werden gestrichen, wichtige Arbeitsplätze nicht mehr nachbesetzt. Konsequenz daraus ist, dass nicht nur die Fächervielfalt im Großen durch das Streichen von Studiengängen sinkt, sondern auch die Vielfalt der einzelnen Fachbereiche auf ein Mindestmaß reduziert wird. Ein fachliches Wahlpflichtangebot, in dem Studierende eine Interessensentscheidung über ihr weiteres Studium treffen können, wird künftig nicht mehr in der Vielfalt bestehen bleiben, wenn nicht sogar gänzlich gestrichen. Zu dem Lehrangebot, das bestehen bleibt, welches größtenteils von sowieso schon gestressten Mitarbeitenden des Mittelbaus gestemmt wird, wird sich Stand jetzt auch gar nicht mit den Themen Studierbarkeit und erst recht nicht Innovation in der Lehre auseinandergesetzt.

Eine Umfrage der HU aus dem letzten Jahr zeigt: 65 Prozent der Studierenden werden voraussichtlich oder bereits fix nicht in Regelstudienzeit studieren können. Die Realisation, dass Studiengangskonzepte an die offensichtlichen Bedingungen und vor allem die bevorstehenden Belastungssituationen angepasst werden müssen, bleibt aus. Unbedingt notwendige Innovationen in Lehre und Studium, wie in diesem Jahr hier schon im Rahmen einer Anhörung zu KI an den Universitäten festgestellt wurde, bleiben aus und sind nun nicht mehr umsetzbar. Diese notwendigen Veränderungen und überfälligen Anpassungen werden sich aufstauen, weil alle Kräfte damit beschäftigt sein werden, den Universitätsbetrieb am Laufen zu halten. Die Situation von wissenschaftlichen Mitarbeitenden verschlechtert sich des Weiteren durch die fehlende Planungssicherheit über Anschlussverträge und die dadurch entstehenden Unsicherheiten und Zukunftsängste. Dass die Universitäten für die Kürzungen maßgeblich auf temporäre Stellensperrungen zurückgreifen, sorgt dafür, dass die Arbeitslast auf die weiter bestehenden Stellen zurückfällt.

Die logische Konsequenz aus den Kürzungen von Lehrstellen ist auch die Kürzung von Studienplätzen. An der HU werden voraussichtlich 14 Prozent der Studienplätze im Rahmen dieser Kürzungsrunde wegfallen. Zwar können alle Immatrikulierten noch ihr Studium abschließen, jedoch rechnen wir künftig mit weiteren Zulassungsbeschränkungen durch einen Numerus clausus. Jeder einzelne Studienanfänger, dem der Studienplatz verwehrt wird, ist einer zu viel. Gleichzeitig darf auf keinen Fall die Versuchung entstehen, diesem Effekt der Kürzung entgegenzuwirken, indem der Betreuungsschlüssel oder der Curriculurnormwert in Studiengängen verschlechtert wird. Bereits jetzt führen schlechte Betreuungsschlüssel zu überfüllten Veranstaltungen und überlastetem Personal.

Realistisch ist außerdem, dass die Universitäten vor allem dort einsparen, wo es erst einmal nicht sichtbar ist, bei den Tutorien und der Betreuung von Studierenden. Tutorien begleiten Studierende in ihrem Lernen mit dem Ziel, den vorgesehenen Kompetenzerwerb zu erreichen. Davon profitieren vor allem jene Studierende, die sich eine individuelle Lernbegleitung in Form von Nachhilfe nicht leisten können. Künftig werden also mit besonderer Härte jene Studierende vernachlässigt, die sich die Nebenkosten eines Studiums nicht mehr leisten können. Bildung wird dadurch wieder von einem Mangel an Chancengerechtigkeit geprägt und das Lernen nicht mehr Bestandteil guter universitärer Lehre sein. An der TU zum Beispiel sind die Plätze für die Betreuung von Abschlussarbeiten schon jetzt so ausgelastet, dass zahlreiche Studierende mehrere Semester auf der Suche nach einer prüfungsberechtigten Person in ihrem Institut sind. Das bedeutet: Auch jetzt schon lassen die Betreuungsangebote und die Ausführung der Betreuung deutlich zu wünschen übrig. Diese Situation wird sich jedoch verschlimmern und bei weiten Teilen der Studierendenschaften zu weiterer Frustration und Enttäuschung führen.

Doch nicht nur dort werden Studierende alleingelassen, sondern auch mit formellen Problemen bei der Immatrikulation, dem Studium im Generellen, den Prüfungs- und Teilnahmeleistungen und letztlich der Exmatrikulation. Verliert eine Universität ihr Verwaltungspersonal oder muss dieses auf ein Minimum reduzieren, wird sie nicht entbürokratisiert, sondern Verwaltungsprozesse werden deutlich länger dauern, Prüfungsbüros werden zeitweise unbesetzt sein, und Studierende werden letztlich mit Studienverzögerungen rechnen müssen, wenn es dann doch einmal Probleme beispielsweise mit der Prüfungsanmeldung gibt. Das Studium nicht in Regelzeit abschließen zu können, wird einige Studierende gänzlich von der Erreichung eines akademischen Abschlusses abhalten.

Außerdem nehmen wir in den Hochschulberatungen der Studierendenschaften der TU und HU zunehmend wahr, dass Studierende eigentlich viel mehr Unterstützung in der Bewältigung des Alltags brauchen, als wir stemmen können. Das federn gerade noch weitere Beratungsangebote der Universitäten und des studierendenWERKS ab. Passen sich diese Angebote jedoch nicht der Nachfrage an, weil das den finanziellen Rahmen sprengt, dann ist es unmöglich, den Beratungs- und Betreuungsbedarfen gerecht zu werden. Soziale und psychologische Hilferufe rücken dann wieder in den Hintergrund, in das Private, und eine Bewältigung dessen wird schließlich unmöglich werden. Junge Menschen brauchen eine Institution, die ihnen unter die Arme greift und sie nicht auf halber Strecke alleinlässt. Genau dazu wird sich aber der Hochschulstandort Berlin entwickeln, wenn wir nicht ganz konkret das Augenmerk auf den Erhalt der Vielfalt legen.

Wir möchten, dass Ihnen bewusst ist, wer zuerst unter den Kürzungen im Hochschulbereich wirklich leiden wird, und auch deswegen muss ein klares Augenmerk darauf gelegt werden, dass Universitäten weiterhin dem Anspruch einer diversen Gesellschaft gerecht werden, auch damit das Vertrauen in die Wissenschaft aufrechterhalten wird. Außerdem fordern wir, dass Sie die Unsicherheiten beispielsweise über die Synergieprozesse ausräumen. Nach wie vor sind Zusammenlegungs- und Verkleinerungspläne noch nicht adressiert worden. Die Schäden, die durch den aktuellen Kürzungsprozess angerichtet werden, werden Berlin als Hochschul- und Ausbildungsstandort noch jahrzehntelang verfolgen. Das Personal, das nun den Hochschulstandort verlässt, und das Studienangebot, das jetzt verloren geht, werden nicht mal eben so wieder zurückzuholen sein. Die Schäden, die jetzt entstehen, sind permanent. – Vielen Dank!

Vorsitzende Franziska Brychey: Vielen Dank! – Dann ist Frau Dr. Baum an der Reihe.

Dr. Constanze Baum (LAMB): Vielen Dank! – Sehr geehrte Senatorin! Sehr geehrte Mitglieder des Wissenschaftsausschusses! Ich kann mich in vielen Punkten nur meiner Vorrednerin anschließen und spreche sozusagen jetzt schon unabgestimmt mit einer Stimme. Aber Wiederholung ist ja bekanntermaßen ein wichtiger pädagogischer Faktor, insofern insistiere ich vielleicht hier an dieser Stelle nur noch einmal auf die Wichtigkeit des Themas.

Studierbarkeit ist meiner Ansicht nach ein wichtiger Faktor und Gradmesser, um die Solidität und Funktionalität des Gebäudes Wissenschaft auf den Prüfstand zu stellen. Warum ist das so? – Wenn angemessene Studierbarkeit an empfindlichen Punkten, wie wir es gerade gehört haben, eingeschränkt wird oder in der Wahrnehmung von Studierenden fragwürdig ist, dann besteht generell die Gefahr, dass das Studieren am Standort Berlin unattraktiv oder unattraktiver wird. Wenn also Fächervielfalt und Fächerkulturen an Standorten eingekürzt oder sogar gestrichen werden und damit verbunden exzellente Köpfe aus den Fachdisziplinen abwandern, oder wenn allein dies überhaupt zu befürchten steht, dann wird der Anreiz für Studienanfängerinnen und -anfänger und Studierende, in die Wissenslandschaft Berlin einzutauchen und hier zu verweilen, im bundesweiten und internationalen Konkurrenzgefüge irgendwann nicht mehr gegeben sein.

Wenn das Lehrangebot des Studiengangs heruntergefahren werden muss oder nur eingeschränkt gewährleistet ist und dadurch Flexibilität in der Belegung von Lehrveranstaltungen und die ganze Angebotsbreite fehlen, wenn weniger Prüferinnen und Prüfer zur Verfügung stehen oder diese überlastet sind, wenn flankierende Tutorien wegfallen – das haben wir gerade schon gehört –, die Seminargruppen zu groß sind, um noch diskursiven Unterricht wahrzunehmen, oder kein Laborplatz mehr über mehrere Semester zu erringen ist, dann schwinden die Möglichkeiten, die Studienanforderungen in der dafür vorgesehenen Zeit zu erfüllen; das Stichwort BAföG wurde genannt. Wenn die mögliche Wunschkombination nur unter äußerstem Kraftaufwand im Spagat zwischen zwei Hochschulen oder Standorten und unter Verzicht auf disziplinäre Tiefe oder wenn die Wunschkombination gar nicht mehr studiert werden kann, dann ist das ein weiteres Argument, neben hohen Mietkosten, Berlin als Studienort oder ein Studium generell nicht in Betracht zu ziehen. All das wollen wir natürlich nicht.

Allen Beteiligten an den Hochschulen ist die schwierige finanzielle Lage des Landes klar, und die Leitungen der Häuser betonen auch, dass diese Krise angenommen werden muss und die Kürzungen nun umgesetzt werden müssen. Wie im Forum Gute Arbeit vergangene Woche

von allen Mitgliedern im Beisein des Staatssekretärs – der heute nicht da ist, er könnte das ansonsten nickend bestätigen – bekräftigt, sind die Überlastungen des wissenschaftlichen Personals im Bereich Lehre, gerade im Bereich des akademischen Mittelbaus, durch Stellenabbau und Stellensperren sowie durch Ungewissheiten über den Fortgang der Fachkulturen aber leider vorprogrammiert. Das wurde im Forum Gute Arbeit mit großer Sorge betrachtet, von allen Seiten, auch von der LKRP-Seite.

Ob und wie man das auffangen kann, wird weitere Kraft und Ressourcen binden. Wie weit dann diese kollegiale Kraft noch reicht, ist die Frage, und auch, ob und wie wir das überhaupt auffangen können. Aufgaben fallen ja nicht weg, sie werden umverteilt, oder, vielleicht noch schlimmer, sie verlieren dadurch an Qualität. Sie belasten diejenigen, die im System dann noch verweilen, Beschäftigte wie auch Studierende. Bereits Ankündigungen von Fachschließungen führen zu Verunsicherungen und Stagnationseffekten, die sich bis auf die Studierenden und letztlich auf die Studierbarkeit auswirken. Werde ich mein Studium hier noch zu Ende führen können? Ist meine Mentorin, meine Abschlussprüferin dann noch da? Bringt mir der Abschluss an einem Institut, das vor der Schließung steht, etwas für meinen eigenen Weg, auch wenn die Hälfte des Unterrichts nur online stattfindet oder ausfallen muss?

Ich möchte betonen, was auch schon hier und im Forum Gute Arbeit festgestellt wurde: Was wir momentan teils schon sehen oder benennen können, sind erst die Vorboten von dem, was durch die Kürzungspolitik in den kommenden Jahren auf die Hochschulen zukommen wird. Es ist also klar, dass weitere Herausforderungen der Studierbarkeit zu den bereits existierenden Problemen wie Wohnungsnot et cetera hinzukommen. Im schlimmsten Fall wird das meines Erachtens zu folgenden Effekten führen: fachliche Qualitätsverluste in den Ausbildungszielen, Verunsicherung in der Studienkarriere durch fehlende Betreuungs-, Orientierungshilfen und Beratungsangebote vor Ort – Frau Adler hat es gerade schon erwähnt – dadurch längere Studienzeiten und/oder höhere Abbruchquoten sowie der Verlust von sozialer Diversität in Studienkarrieren und damit potenziell auch der Einbruch von Wissenschaftskarrieren. Sorgen um den Verlust von Chancengerechtigkeit erreichen mich auch aus verschiedenen Häusern, genauso wie Fragen zum Umgang mit der zunehmend heterogenen Gemengelage von Studienanfängern hinsichtlich ihrer Studierfähigkeit, wo wir eigentlich gerade jetzt investieren müssten, statt die Programme zurückzufahren.

Ich gebe in Hinblick auf Studierbarkeit noch Weiteres zu bedenken: Die Studierenden, die 2026 ihr Studium beginnen oder vor wenigen Semestern begonnen haben oder jetzt vielleicht gerade ihren Master begonnen haben – wenn man sich das hochrechnet, unter Wahrung der Toleranzgrenze der bestehenden Regelstudienzeit und der durchschnittlichen Promotionszeiten –, werden für die Professuren infrage kommen, die wir Mitte der 2030er-Jahre bundesweit benötigen, wenn 30 bis 40 Prozent aller Professuren fächerübergreifend neu besetzt werden müssen. Wenn für diese Generation jetzt und in den kommenden Jahren die Studierbarkeit ins Schlingern gerät, dann geraten auch die wissenschaftlichen Wege ins Straucheln, die wir dringend in diesem Karrierewegmodell von Studium bis hin zur Professur oder zur Forschungstätigkeit benötigen.

Abschließend noch ein paar konkrete Eindrücke zu den aktuellen Kürzungen aus dem Studienbetrieb: Wir spüren jetzt schon Einschränkungen von zentralen und dezentralen Services. So fällt zum Beispiel das Einführungs- und Orientierungsstudium an der FU Berlin weg. Die HU Berlin hat Services zum Teil im Bereich Welcome Centre für internationale Studierende oder auch die allgemeine Studienberatung eingeschränkt. Phasenweise werden Präsenzsprechzeiten nicht mehr angeboten, oder die Bearbeitung von eingegangenen Fragen dauert sehr lange. Von der TU höre ich ebenfalls, dass diese flächendeckenden Einsparungen schleichende Prozesse der Verschlechterung und Kettenreaktionen auslösen.

Wir sehen Serviceangebote in den Bibliotheken eingeschränkt, also die Nutzung von Datenbanklizenzpaketen et cetera wird zurückgefahren. Öffnungszeiten von Fachteilbibliotheken werden aufgrund von Stellensperren eingeschränkt. Das ist dann nur noch ein Schild an der Tür: Kann jetzt nicht wahrgenommen werden, wir mussten früher schließen –, et cetera. All das hat Auswirkungen auf die Studierfähigkeit und die Studienverläufe.

Abschließend möchte ich feststellen, dass durch diese Kürzungen Erosionsprozesse in Gang gesetzt werden, die zu weiteren Dysfunktionalitäten im Studium für die Studierenden auf vielen Ebenen führen können und dass dringend geboten ist – hier möchte ich mich meiner Vorrednerin anschließen –, Maßnahmen zu überlegen, wie dies abgewendet oder zumindest abgefedert werden kann, um langfristigen Schaden für den Berliner Wissenschaftsstandort abzuwenden. – Vielen Dank!

Vorsitzende Franziska Brychcy: Danke! – Frau Dr. Neuhaus, Sie sind an der Reihe.

Dr. Julia Neuhaus (LKR): Guten Morgen! Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Sehr geehrte Frau Senatorin! Sehr geehrte Mitglieder des Ausschusses für Wissenschaft und Forschung! Ich möchte Sie ungern langweilen, aber wir haben eben schon gehört, dass Redundanz manchmal hilft. Ich beziehe mich sehr konkret auf das Vorgehen der HAWs als deren Sprecherin, und ich möchte ganz kurz das ganze Thema unter eine Überschrift setzen. Das ist die Überschrift: weniger Spezialisierung, weniger Flexibilität.

Vielleicht noch mal ganz grundsätzlich: Was sind eigentlich unsere Rahmenbedingungen? – Wir haben im Jahr 2025 143 Millionen Euro aus dem System genommen. Ab 2026 haben wir im Rahmen der Änderungsverträge wieder eine Steigerung vereinbart. Allerdings muss man an der Stelle sagen: Durch die Umverteilung zwischen den Hochschulen sind die Steigerungsraten sehr unterschiedlich. Für die BHT haben wir eine durchschnittliche Steigerungsrate für die nächsten drei Jahre von 1,5 Prozent. Wenn wir uns anschauen, wie sich die Tarifabschlüsse und die sonstigen Kosten entwickeln, ist das eine weitere strukturelle Kürzung – wenn man nicht berücksichtigt, dass wir unsere Rücklagen, die wir – Stichwort Gebäude, das Thema hatten wir schon – aufgebaut haben, um in die notwendigen Sanierungen zu gehen.

Wie sind wir vorgegangen, nachdem wir von der Kürzungsdebatte im Berliner Landeshaushalt erfahren haben? – Ich habe es im Jahr 2025 als das erratische Sparen bezeichnet. Wir haben es gerade schon gehört: erratisches Sparen. Was haben wir gemacht? – Wir haben ab März verhandelt, und ich wusste gar nicht, was kommt. Ich hatte ein Semester vor mir. Wir wussten nicht, was passiert. Was haben wir gemacht? – Tutorien gekürzt! Wir haben erst einmal dort gekürzt, wo man schnell kürzen kann. Ich würde das im Nachhinein nicht wieder so machen. Wir haben das auch wieder rückgängig gemacht, aber das war der erste Schritt im erratischen Sparen. Wir haben alle Stellen, die frei wurden, auf den Prüfstand gestellt, teilweise im Verfahren, teilweise haben wir schon ausgewählten Personen keine 100-Prozent-Stelle, sondern nur noch eine 50-Prozent-Stelle angeboten. Solche Sachen sind passiert. Das war aber in dem Zuge, wo wir einfach keinerlei Planungssicherheit hatten. Deswegen haben wir uns auch dafür entschieden, die Änderungsverträge zu unterschreiben, weil sie uns die Planungssicherheit für die kommenden drei Jahre geben, mit denen wir jetzt irgendwie arbeiten können – wenngleich wir natürlich damit mit einer von uns nicht gewünschten strukturellen Haushaltskürzung implizit – sage ich mal, nicht zugestimmt – umgehen müssen.

Um uns strategisch aufzustellen, haben wir gesagt: Wir müssen Generationengerechtigkeit herstellen, Generationengerechtigkeit zum einen natürlich für die Studierenden, die bereits bei uns im System sind. Die sollen in adäquater Weise ihr Studium beenden können. Gleichzeitig aber auch die Generationengerechtigkeit für künftige Generationen, dass wir nämlich auch in Zukunft qualitätsgesicherte Studienplätze anbieten. An der Stelle muss man sagen: Bei solch drastischen Kürzungen kann es nur über eine Verringerung des Angebots gehen. Wir an der BHT – jetzt ist ausnahmsweise mal ein Malus ein Vorteil – haben dadurch, dass MINT momentan nicht so ganz sexy ist, durchaus unterausgelastete Studiengänge und haben gesagt: Wir streichen Plätze statt Köpfe. – Das ist uns in weiten Teilen gelungen. Wir streichen natürlich auch Köpfe, aber im Bachelorbereich sind wir vorgegangen, dass wir 14 Prozent – bis zu 14 Prozent steht im Änderungsvertrag – definiert haben, die wir zum Wintersemester nicht mehr anbieten. Das sind in Summe im Bachelorbereich 320 Studienplätze. Die HTW hat auch 320 Bachelorstudienplätze, im Master sind es 110, die ASH hat 115, die HWR ist noch nicht

ganz fertig, ist aber mit 320 dabei. Das sind die Neuzugänge, die wir zum Wintersemester und zum Sommersemester nicht mehr anbieten, damit wir eine Qualitätssicherung für die verbleibenden Studienplätze machen können.

Das ist an der Stelle wichtig. Wir sind mit den Masterstudiengängen noch nicht so weit. Zum einen kann man nicht die gleichen Kriterien ansetzen, zum anderen haben wir natürlich auch viele Bachelorstudierende im System, die wir auch dann noch bedienen wollen. Das heißt, die Masterstudiengänge können erst nachgelagert erfolgen. Gleichzeitig kann ich aber auch sagen, dass wir natürlich auch HAWs haben, die durchaus eine sehr hohe Auslastung haben. Das, was ich gesagt habe, dass wir vorzugsweise Studienplätze streichen, um nicht die Köpfe zu streichen, gilt für die BHT, so gilt das, glaube ich, auch für die HTW in Teilen, aber wenn ich mir die HWR zum Beispiel betrachte, geht es dort um ausgelastete Studiengänge, wo wir wirklich auch die Köpfe streichen. Achtung: Auch wenn wir Plätze streichen, dann sind das natürlich die Plätze, die wir als Versprechen für morgen und für die Fachkräfteversorgung von morgen vorhalten.

Wichtig ist für uns: Wir streichen diese ganzen Studienplätze jedes Jahr. Das ist keine einmalige Streichung, sondern das ist jedes Jahr. Wir versuchen, möglichst die Inhalte aufrechtzuerhalten. Das heißt, wir haben Kohorten rausgenommen. An den HAWs geht das, glaube ich, aufgrund unseres Zugsystems, in dem wir arbeiten, leichter als an den Universitäten. Wir haben Kohorten rausgenommen, und da, wo wir Studiengänge selbst reduziert haben, die wir nicht mehr anbieten, haben wir versucht, die Kompetenzen anderweitig aufzufangen, indem wir Studiengänge zusammengeführt haben, indem wir das als Wahlmodul in andere Studiengänge implementieren werden – so weit sind wir noch nicht, aber das ist dann das, was wir jetzt vornehmen – und indem zum Beispiel das Fernstudieninstitut an der HTW bestimmte Studiengänge übernimmt.

Das Ziel ist aber, dass wir versuchen, eine fundierte und solide Ausbildung auch in Zukunft anzubieten. Wichtig ist für uns: Dieser Veränderungsprozess, wir haben es gerade schon gehört, dauert. Wir haben ausgegeben, dass es keine betriebsbedingten Kündigungen geben wird. Wir haben verbeamtete Professuren. Das heißt, im Zweifel gehen die Leute nicht da in Pension, wo ich einen Studienplatz reduziert habe. Ich wollte aber ungern eine Pensionierung, die zufällig ist, als Anlass nehmen, Studienplätze zu streichen. Wir werden eine Transformationszeit haben, die noch sehr viele Jahre andauern wird, wo wir ein Mismatch haben zwischen Studienplatzangebot und dem kapazitären Angebot von unserem Lehrpersonal. Da sind wir sehr intensiv auch im Austausch mit der Senatsverwaltung, um einen guten Übergang zu machen und um sicherzustellen, dass wir die Betreuung schaffen. Für die größeren HAWs funktioniert das, weil wir uns auch zwischen den Fachbereichen gegenseitig unterstützen können. Ob ich jetzt in meinem Fachbereich Chemie oder Lebensmitteltechnologie einen Chemiker habe, da schaffe ich gewisse Wechselwirkungen. Stellen Sie sich kleinere HAWs vor: Das funktioniert an der Stelle nicht. Da muss man ein bisschen differenzieren, wo es geht und wo es eben nicht geht. In der Konsequenz ist es weniger flexibel, weniger speziell. Dafür gibt es generalistische Studienangebote.

Was sagen wir zu den Qualitätseinbußen generell? – Sagen wir: Es gibt also weniger Wahlfreiheit, weniger Spezialisierung, reduzierte Fremdsprachenausbildung, weniger Angebote beim Studium Generale. Module – das haben wir gerade schon gehört – mit Blick auf die Studienzeiterverlängerung: Wenn wir Kohorten rausnehmen, dann nehmen wir häufig natürlich

eine Sommerkohorte raus, weil die weniger nachgefragt ist. Das heißt aber, dass wir bestimmte Module, die wir vorher jedes Semester angeboten haben, jetzt nur noch einmal im Jahr anbieten. Das kann, das haben wir gerade schon gehört, zu Studienzeitverlängerung in genau diesen Bereichen führen. Wir haben Äquivalenzlisten aufgebaut, in denen wir vorgehen, so dass wir schauen, dass wir da auch gut über die Zeit kommen. Querschnittsaufgaben werden grundsätzlich auf den Prüfstand gestellt, genauso wie Serviceangebote, zum Beispiel das Pre-Study-Programm für Geflüchtete an der ASH, die Studienberatung wurde an der ASH und der HWR reduziert. Wir an der BHT haben da, wo es möglich war, Abmietungen in großem Stil vorgenommen. Wenn Sie unsere Infrastruktur kennen, dann wissen Sie, dass wir jetzt im Bestand bei verdichteter Infrastruktur sanieren. Das heißt, wir versuchen jetzt quasi, unsere Flächen zusammenzuführen und gleichzeitig die Sanierung durchzuführen.

Was macht das mit unseren Beschäftigten? – Wir müssen hemdsärmelige Lösungen finden. Dafür sind wir HAWs bekannt. Darin sind wir schon immer sehr gut, weil wir noch nie wirklich aus dem Vollen schöpfen konnten, aber die Motivation bei unserem Lehrpersonal, die steigt natürlich darüber nicht. Es ist ganz wichtig, dass wir unsere Hochschulen so aufstellen, dass wir auch den Schweif am Horizont sehen. Gerade solche Drittmiteleinwerbungen, die Senatorin hat es gesagt, wie diese 4,4 Millionen Euro an Drittmitteln für innovative Lehre, die die BHT letzte Woche bekommen hat, sind das, womit wir im Prinzip uns, sage ich mal, auch innovativ weiterentwickeln können. Wir werden unsere Struktur systematisch anpassen; wir sind gerade ganz aktiv auch mit unseren Hochschulgremien dabei. Aber Achtung: Es fehlt die Planbarkeit an der Stelle. Wir kriegen eine befristete Drittmittelzusage, das macht uns sehr stolz, das heißt aber nicht, dass wir die dauerhaft haben. Das heißt, wir werden mit unserem Personal in eine Über- und Unterauslastung gehen. Wir werden unsere Ressourcen so bündeln müssen, um eben auch gleichzeitig die strategischen weiteren Entwicklungsperspektiven zu haben. Auch das frisst Ressourcen, auch dafür werden wir einfach neue Energie reinsetzen müssen, die uns an anderer Stelle fehlt.

Was uns noch einmal wichtig ist; wir haben es schon gehört, ich habe es auch vorhin eingangs schon gesagt: Der Veränderungsprozess, das, was wir jetzt hier gerade beschließen, – ich habe es schon das eine oder andere Mal an der Stelle gesagt, allein die fehlenden Fachkräfte des Landes Berlins gerade im Bereich MINT und Pflege, wird Konsequenzen haben. Das ist uns, glaube ich, noch nicht ganz präsent: Es wird hier keiner morgen merken, was wir hier gerade entscheiden. Die Entscheidungen werden wir im Jahr 2030, 2031 anfangen zu spüren, weil nämlich dann die ersten Fachkräfte fehlen, und dann perpetuiert sich das hoch, und dann werden wir den starken Einbruch eigentlich erst merken. Das ist die ganz große Gefahr, gerade auch, wenn wir über weitere politische Entscheidungen in neuen Legislaturperioden denken, weil wir momentan gar nicht die Konsequenzen unseres Handelns wirklich sehen werden. Bis das Personal vollständig angepasst ist und es wieder zu einer Synergie kommt, dann, würde ich sagen, sind wir ungefähr im Jahr 2040.

Insgesamt ist das für das Land Berlin ein schlechtes Bild für die Wissenschaft und für die Wettbewerbsfähigkeit für unsere Hochschulen. Wir verstärken – ich habe es eben gesagt – den Fachkräftemangel, wir streichen ausgelastete Studiengänge, und es wird die Leistungsfähigkeit und die Innovationskraft des Landes Berlins massiv reduzieren, nur nicht heute. – Vielen Dank!

Vorsitzende Franziska Brychcy: Danke sehr! – Dann ist jetzt Frau Rohde an der Reihe.

Maria Rohde (studierendenWERK BERLIN): Ich sage mal kurz, woher ich komme: Vielen Dank für die Einladung! Ich bin Maria Rohde. Ich arbeite in der Beratungsstelle „Beratung Finanzierung & Soziales“. Wir beraten Studierende und Studieninteressierte zur Studienfinanzierung. Mein Part ist hier, glaube ich, mehr zu schauen, wie Studierende in Zeiten der Kürzung überhaupt studieren können. Wenn es die Studienplätze zur Verfügung gibt, gibt es denn überhaupt Leute, die dort hingehen können und studieren können? Denn – so ist meine Auffassung – ohne die richtige Finanzierung kann man auch nicht studieren. Das bewerte ich aktuell schwierig.

Unsere Beratungsstelle berät zu allen möglichen Studienfinanzierungsmöglichkeiten, Unterhalt, BAföG, Stipendien, Jobben und so weiter. Wir führen ungefähr 4 000 Beratungen im Jahr durch, und die drehen sich alle rund um das Thema Studienfinanzierung, sei es Studieren mit Kind, internationale Studierende, Studierende mit Beeinträchtigung. Im Herbst letzten Jahres hat das studierendenWERK BERLIN eine Umfrage durchgeführt: Studierender Mensch, wie ist denn so das Einkommen? – Es kam heraus, dass ein Drittel der Berliner Studierenden ungefähr von monatlich unter 800 Euro lebt. Ein weiteres Drittel hat ein Einkommen von 800 bis 1 000 Euro, und das restliche Drittel mehr als 1 100 Euro. Die meisten Studierenden müssen neben dem Studium auch noch einen Nebenjob ausüben, weil sie sich die gestiegenen Lebenshaltungskosten nicht mehr leisten können.

Wenn man sich die BAföG-Sätze betrachtet, beträgt der Mietzuschuss 380 Euro, 475 Euro sind der Grundbedarf für den Lebensunterhalt. Das ist nicht realistisch. Das sind 855 Euro zum Leben. Wenn man mal guckt, wie viel ungefähr die Miete in Berlin kostet, ist eine gute Wohnung schon bei 550 Euro, wenn nicht sogar mehr. Die meisten, ungefähr 13 Prozent der Studierenden, bezahlen mehr als 750 Euro. Gerade mal 15 Prozent haben diese 380 Euro Mietkosten, alle anderen haben bedeutend höhere Kosten.

Wenn ich mir eine normale Miete anschau, also mindestens 550 Euro, wenn man sich den Bürgergeldsatz von 563 Euro für den Lebensunterhalt, für Essen, Trinken, Strom, Wasser und so weiter, nimmt und noch mal so 100 Euro für studienbedingte Aufwendungen – die meines Erachtens nicht so angemessen sind, denn ich muss jeden Monat 60 Euro beiseitelegen, damit ich mir überhaupt den Semesterbeitrag leisten kann –, dann sind es 1 213 Euro, die ich eigentlich brauche, um so gerade mal so über die Runden zu kommen. Dem gegenüber bekomme ich nur 855 Euro beim BAföG. Wobei man auch sagen muss: Es sind in Berlin nur 21 000 Studierende, die überhaupt BAföG bekommen, von unseren über 200 000 Studierenden. Der Rest muss sich irgendwie anders das Studium finanzieren. Die meisten bekommen noch von den Eltern Unterhalt, aber das ist nicht ausschließlich. Die meisten müssen nebenher arbeiten.

Wir merken das auch in der Beratungsstelle. Wir haben zunehmend – ich würde sagen, bald die Hälfte der Studierenden, die kommen – irgendwie ein Defizit. Sie fragen: Mensch, was kann ich noch beantragen? Kann ich vielleicht Wohngeld beantragen? – Häufig müssen wir sagen: Nein, kannst du nicht, denn du bist ja BAföG-berechtigt, und wer BAföG-berechtigt ist, kann kein Wohngeld beantragen. – Und wenn vielleicht der eine oder andere noch wohngeldberechtigt ist, weil er vielleicht auch mit wohngeldberechtigten Personen in einer Haushaltsgemeinschaft lebt oder eben ein Zweitstudium macht oder über der Regelstudienzeit ist oder weil er warum auch immer nicht mehr BAföG-berechtigt ist, muss erst mal schauen, dass er das Mindesteinkommen überhaupt zusammenbekommt. Denn das Wohngeldamt macht nicht nur die einfache Wohngeldberechtigung, sondern es prüft auch: Ist das überhaupt plau-

sibel, dass du dich mit dem Wohngeld plus dem Einkommen, was du so vorgelegt hast, finanzieren kannst? – Die ziehen natürlich die Sätze vom Bürgergeld heran, und daran scheitert es. Dann wird es so sein: Nein, du bekommst kein Wohngeld, denn du erfüllst die Mindestbedingungen nicht. Geh doch zum Jobcenter –, aber Studierende können eben nicht zum Jobcenter gehen und Bürgergeld beantragen. Das ist so ein bisschen die Krux, dass man das dann noch mal so sagen muss: Na ja, du hast wenig Geld. Du bekommst auch kein Wohngeld oder irgendwas. Du wirst nicht weiter unterstützt. – Da stehen, denke ich, viele Studierende sicherlich oft vor der Frage: Mensch, kann ich mein Studium noch fortsetzen oder nicht? – Ich denke, das ist jetzt schon so, und es wird zukünftig auch nicht besser werden. Deswegen waren wir als studierendenWERK BERLIN sehr entsetzt – wir begrüßen diese BAföG-Reform auf jeden Fall, die ist nicht ausreichend, aber immerhin –, dass es jetzt schon wieder Diskussionen gibt, dass man das dann doch nicht macht.

Dann sprechen wir darüber, ob wir unsere Studienplätze hier belegen wollen – die werden wir mit Studierenden belegen, die aus guten Verhältnissen kommen, die Eltern im Hintergrund haben, aber Studierende, die zum Beispiel Kinder haben oder chronische Erkrankungen haben, die eben nicht nebenher jobben gehen können, werden zukünftig vom Studium vielleicht eher ausgeschlossen werden, hier in Berlin auf jeden Fall, und ich denke auch bundesweit sieht es nicht unbedingt anders aus. – Vielen Dank für das Zuhören!

Vorsitzende Franziska Brychcy: Danke sehr! – Frau Wilde ist an der Reihe.

Lisa Wilde (StudentInnenparlament HU Berlin): Sehr geehrte Senatorin! Sehr geehrte Mitglieder des Ausschusses! Vielen Dank für die Einladung! Ich möchte sogar so weit gehen zu behaupten, dass die Rahmenbedingungen rund um das Studium weitaus bedeutender sind als das Studium an sich, zumindest aus Studierendensicht. Denn es stimmt, dass das, was die Studierenden eigentlich am meisten beschäftigt, die Frage ist, wie wir das Studium finanzieren. Wir haben schon gehört, dass die BAföG-Reform nicht kommt, trotz weiterhin steigender Lebenshaltungskosten, vor allem im Lebensmittelbereich und im Wohnbereich. Das sind nun mal die beiden essenziellen Sachen, die jeder Mensch zum Leben und auch zum Studieren innerhalb von Berlin braucht.

Bei der Einbringung des Antrags gab es die Formulierung: Personen, die BAföG beziehen. – Ich möchte sagen, dass die Formulierung dahingehen sollte: die BAföG beziehen dürfen. – Das BAföG ist elternabhängig, doch dadurch ist es so, dass der Höchstsatz von maximal 992 Euro allein um 300 Euro gekürzt wird, wenn es beispielsweise eine Wohnsituation bei den Eltern gibt. Doch es ist so, dass vor allem ganz viele Personen nach Berlin kommen, um zu studieren, denen allerdings das Geld fehlt. Denn 380 Euro der Wohnpauschale sind bei einem durchschnittlichen Preis für ein WG-Zimmer in Berlin bei 505 Euro bei Weitem nicht realistisch. Allein dafür würden schon diese 100 Euro draufgehen, die eigentlich dafür sind, um sich in irgendeiner Form beispielsweise Bücher oder Literatur zu kaufen.

Auch da möchte ich noch ganz klar für die Preisvorstellung sagen, dass bereits ein günstiges Fachbuch – im Vergleich zu anderen – bei 30 Euro liegt. Dadurch, dass man zwei Semester im Jahr hat, sind wir da gut und gerne mal bei 300 bis 400 Euro allein für Literatur, die ausgegeben werden müssen. Diese müssen auch mittlerweile ausgegeben werden, weil die Onlineangebote eingeschränkt werden und die Bibliotheken bei Weitem nicht so große Bestände haben, um beispielsweise Jura, aber auch in Geisteswissenschaften, Jahrgänge, wo allein ein

Jahrgang 300 Studierende hat, in irgendeiner Form genug Zugang zu dieser Literatur zu geben. Das ist vor allem in den Zeiten, in denen beispielsweise Seminararbeiten oder Hausarbeiten geschrieben werden, einfach nicht realistisch. Dementsprechend sind die Bibliotheken mittlerweile dazu übergegangen, dass ein Buch maximal eine Woche ausgeliehen werden kann. Wie soll man es innerhalb einer Woche schaffen, wenn man – dazu komme ich später auch noch – weitere Verpflichtungen hat, ein 600 Seiten dickes Buch, eine wissenschaftliche Dissertation wirklich zu verstehen und dementsprechend sich dann auch wirklich in die Materie einzuarbeiten und das Wissen zu behalten?

Auch da ist es eben so, dass die meisten Studierenden nebenbei Vollzeit oder Teilzeit arbeiten müssen. Auch da möchte ich betonen: Das ist nicht neben dem Studium, sondern während des Studiums. Es ist nun einmal so, dass der normale Arbeitsmarkt während der Studienzeiten stattfindet. Es bedeutet, dass sich ganz viele Studierende entscheiden müssen: Gehen wir gerade zu einer Vorlesung, gehen wir zu einem Tutorium, wenn es denn überhaupt angeboten wird und nicht schon eingestrichen wurde? Nehme ich überhaupt auch Beratungszeiten wahr, weil diese während meiner Arbeitszeit stattfinden? Sie müssen nun einmal arbeiten gehen, damit sie sich das Studium in Berlin überhaupt leisten können.

Da möchte ich auch noch betonen, warum ich es sehr wichtig finde, dass das BAföG erhöht werden und elternunabhängig sein muss: Es gibt Fälle, bei denen sich die Eltern weigern, den Unterhalt des Kindes zu zahlen, und dann müssen die Kinder erst mal ein Jahr lang einen Rechtsstreit gegen die Eltern führen, damit sie ihren Unterhalt bekommen. Währenddessen können sie nicht studieren, weil sie Vollzeit arbeiten müssen. Auch da finde ich sehr stark, dass wir immer von einem Ideal ausgehen, was allerdings die einzelnen besonderen Situationen von Studierenden nicht umfasst, und wir dementsprechend auch da keine wirklichen Möglichkeiten haben, zu reagieren. Dementsprechend ist es auch so, dass Module geschoben werden müssen, weil man beispielsweise nicht an den vorbereitenden Seminaren für eine Hausarbeit teilnehmen kann. Dementsprechend ist es so, dass das Geld weitaus prägnanter und auch stärker für Studierende in irgendeiner Form relevant ist als das Studium an sich.

Ich persönlich kenne das selbst: Der einzige Grund, warum es in Berlin sogar noch relativ gut läuft, dass jede Person zumindest es schafft, in irgendeiner Form eine Wohnung zu bekommen oder auch einen Studierendenjob zu bekommen, welcher zumindest halbwegs an den Plan angepasst ist, ist, dass Studierende sich untereinander helfen. Doch auch das kann bei Weitem nicht die Lösung sein, das es auch kein flächendeckendes Angebot ist, was wirklich für alle Personen in Berlin funktioniert. Dann reden wir weiterhin darüber, dass wir beispielsweise Angebote vom studierendenWERK haben, wo auch Wohnungen zur Verfügung stehen. Doch da befinden wir uns gerade in einem Sanierungsstau von 120 Millionen Euro. Es ist gar nicht so lange her, dass ein Studierendenwohnheim aufgrund eines riesigen Wasserschadens geschlossen werden musste.

Es bedeutet auch, wenn wir in irgendeiner Form Infrastruktur haben, dann ist sie marode. Man sieht es vor allem auch wieder am TU-Hauptgebäude. Wir schaffen es nur dadurch, ein Studium durchführen zu lassen, weil wir in Berlin sehr gut darin geworden sind, Mangel zu verwalten, und die Studierenden gelernt haben, sich anzupassen. Auch da sind wir sehr stark darauf angewiesen, dass Professoren so gütig sind, alle Angebote online zu präsentieren, damit man beispielsweise nicht von den Randbezirken, wo die Mieten noch am ehesten erschwinglich sind, anderthalb Stunden allein zur Uni fahren muss. Vor dem Hintergrund, dass

man sich eigentlich Wissen aneignen sollte, lernen sollte, ist eher kontraproduktiv, wenn man allein schon drei Stunden täglich in der Bahn verbringen muss.

Da sind wir wieder beim Thema Mobilität. Das Deutschlandticket ist eine wunderbare Sache für Studierende, vor allem, da eben auch Personen, die nicht aus Berlin kommen, ihre Familien besuchen können. Auch da ist es aber wieder so, dass uns versprochen wurde, dass es nicht erhöht wird, und jetzt befinden wir uns in der Situation, dass es auf 58 Euro erhöht wurde. Dazu kommt auch noch, dass es die Solidaritätsbeitragserhöhung des studierendenWERKS BERLIN gab, wo wir uns als Studierende finanziell die Frage stellen: Wann kommt die nächste Erhöhung? Wann ist es wieder so, dass wir von dem Geld, was wir nicht haben, noch mal 40 Euro drauflegen müssen, allein, dass wir weiterhin immatrikuliert sein dürfen? Das sind alles Faktoren, welche wir zahlen müssen, damit wir das Studium weiterführen können.

Dementsprechend sehen wir, dass allein aufgrund all dieser Faktoren die Studienverlaufspläne mehr eine Checkliste zur Modulsammlung sind, die allerdings vollkommen an den tatsächlichen Gegebenheiten der Studierenden vorbeilaufen. Wenn dann noch dazukommt, dass marode Gebäude da sind, sprich auch überhaupt gar keine Vernetzung unter den Studierenden stattfinden kann, um sich beispielsweise zu helfen, weil die Beratungsangebote abgebaut werden und viele sie auch deswegen vor allem nicht mehr benutzen oder wahrnehmen, weil sie wissen, dass sie kaum einen Termin bekommen oder irgendwelche Chancen haben, dann ist das einfach unhaltbar.

Auch da sollte man auch wieder bedenken, dass wenn wir auch über marode Gebäude reden, es vor allem in technischen Studiengängen wichtig ist, Experimente zu machen. Diese gehören zum Studium dazu. Wenn wir auch darüber reden, dass es da absolut gar keine andere Möglichkeit gibt, als in die Labore zu gehen, um diese Leistungspunkte zu sammeln, frage ich mich, warum diese Labore dann auch noch verfallen lassen werden, dementsprechend auch bei vielen Studiengängen, die darauf angewiesen sind, ein Abschluss irgendwann in den nächsten Jahren eigentlich nicht mehr möglich ist, wenn auch diese Infrastruktur nicht mehr besteht. – Vielen Dank!

Vorsitzende Franziska Brychey: Vielen Dank! – Dann kommen wir jetzt zur Fragerunde, und ich lese einmal die Redeliste vor: Herr Schulze, Herr Hopp, Frau Brauner, Frau Neugebauer und Herr Trefzer. – Herr Schulze!

Tobias Schulze (LINKE): Danke schön! – Vielen Dank für Ihre Ausführungen! Das war sehr spannend. Ich möchte eine kurze Vorbemerkung machen und dann ein paar Fragen an Sie stellen. – Die Vorbemerkung: Wir haben es hier mit einer politischen Prioritätensetzung zu tun. Wir haben mit Abstand den größten Landeshaushalt aller Zeiten in Berlin, genau 6 Milliarden Euro über dem ursprünglichen Plan, aber die Wissenschaft hat davon nicht viel abbekommen. Um genau zu sein: Fast gar nichts. Die Kürzungen, die 2025 dort vorgenommen wurden, sind im Großen und Ganzen bestehen geblieben. Das ist eine politische Prioritätensetzung, die uns sehr besorgt, und deren Auswirkungen wir – und vor allem Sie an den Hochschulen – jetzt gerade erleben. Ich wage die These, dass die Auswirkungen eigentlich jetzt erst losgehen. Frau Dr. Neuhaus hat es dargestellt, Frau Dr. Baum auch: Im Moment befinden wir uns noch im Bereich des erratischen Sparens. Die strukturellen Langzeitfolgen kommen erst. So viele Stellen werden gar nicht frei, dass man sie jetzt abbauen kann. Das heißt: Wenn wir jetzt diesen Abbau von Studienplätzen um 14 Prozent sehen, dann wird der Abbau von Kapazität noch einmal ganz andere Dimensionen an den Hochschulen bekommen. Das werden wir dann auf lange Frist alle miteinander merken.

Letzte Vorbemerkung: Ich glaube, wir sehen bundesweit – oder auch europaweit – eine Missachtung der Wissenschaft und der Hochschulen. In Berlin war eigentlich lange Zeit klar, dass die Hochschulen das zentrale Pfund dieser Stadt sind. Das ist in den letzten Jahren nicht mehr so gewesen. Die Schwerpunkte sind jetzt andere. Ich glaube, wir müssen gemeinsam versuchen, diese Wichtigkeit und diese Bedeutung, die die Wissenschaft für Berlin als Stadt hat, wieder nach vorne bringen. Die Wissenschaftssenatorin versucht das ganz tapfer, aber ich bin mir nicht sicher, ob das überall durchdringt. Wir müssen da, glaube ich, gemeinsam versuchen, stärker zu werden und die Kürzungen auch zurücknehmen. Sie sind rücknehmbar. Ich glaube, in dieser relativ kurzen Zeit ist noch nicht alles kaputt. Die Kürzungen sind rücknehmbar, und wir brauchen wieder einen vernünftigen Wachstumspfad für die Hochschulen, bevor das Personal weg ist, bevor die Studienplatzzahlen runtergehen und bevor der Schaden irreparabel ist. Das wird, glaube ich, auch die Frage für die neuen Koalitionsverhandlungen 2026 nach den Wahlen sein.

Ich möchte zunächst an den Senat eine Frage stellen: Bei der Lehrkräftebildung sind zusätzlich zu den Hochschulverträgen auch die Sonderprogramme weggefallen. Daraus wurden beispielsweise zusätzliche Lehrveranstaltungen, Tutorien oder unterstützende Maßnahmen finanziert. Es sind ungefähr 19 Millionen Euro weniger, als 2025 angesetzt waren. Meine Frage an den Senat: Inwieweit hat der Senat Kenntnis darüber, wie viele Tutorien oder sonstige unterstützende Maßnahmen für die Lehrkräftebildung weggefallen sind?

Des Weiteren: Die Hochschulverträge haben den Hochschulen den Auftrag gegeben, die Lehrkräftebildung von den Einsparungen auszunehmen. Aber durch den Wegfall der Sonderprogramme sind trotzdem Angebote weggefallen. Deswegen ist meine Frage: Kann sichergestellt werden, dass die Studierenden in der Lehrkräftebildung ihre Pflichtmodule rechtzeitig belegen können? Wir haben einen dringenden Bedarf an Lehrkräften. Wenn sich das Studium verzögert, dann kommen die ohnehin schon viel zu wenigen Lehrkräfte noch später aus dem

Studium. Deswegen ist meine Frage, ob der Senat einen Überblick darüber hat, ob die Pflichtmodule trotz der Kürzungen angeboten werden.

An die LKRP, also an Frau Dr. Neuhaus, hätte ich die Frage: Wie gehen Sie mit den Stellen um? Haben Sie einen Überblick, wie an den Hochschulen mit den Stellen umgegangen wird? Die Professuren können Sie nicht einfach abbauen, sondern Sie müssen warten, bis sie frei werden oder bis jemand geht. Wie machen Sie das mit den restlichen Stellen? Gibt es so viele befristete Stellen, dass ein Abbau möglich ist? Sind es Lehraufträge – an den HAWs spielen Lehraufträge eine große Rolle –, die Sie abbauen, oder wie gehen Sie mit den Stellen um? Vielleicht haben Sie auch einen Eindruck aus den Universitäten, wie dort mit den Stellen umgegangen wird oder wie jetzt Verträge auslaufen. Welche Dimension hat das?

Dann hätte ich eine Frage an alle: Wie sieht es mit den Beratungsangeboten aus? Wir hatten hier auch schon Anhörungen zur sozialen Situation der Studierenden und zum studierenden-WERK BERLIN. Eine Haupthaussage war, dass diese Beratungsangebote immer wichtiger werden, um überhaupt vernünftig durch das Studium zu kommen – seien es psychologische oder psychotherapeutische Beratungsangebote oder auch Beratung zum Lebensunterhalt und zur sozialen Situation. Jetzt hören wir, dass gerade auch hier Einsparungen vorgenommen werden müssen oder vorgenommen werden. Vielleicht können Sie noch einmal sagen, welche Dimension das hat: Wo werden Beratungsangebote abgebaut, und was hat das ganz konkret für Auswirkungen?

Die beiden letzten Fragen von mir wären: Kann man schon absehen, dass es zu mehr Studienabbrüchen kommt? Wenn ja, ab wann rechnen Sie damit? Wenn die, die jetzt anfangen oder angefangen haben, zu Ende studieren und die Personaldecke für das Studium – die Ausstattung – immer schlechter wird, wird sich sicher – das haben Sie dargestellt – auch die Qualität des Studiums verschlechtern. Ab wann rechnen Sie damit? Oder warum rechnen Sie mit Studienabbrüchen? Wird das dann beim Übergang vom Bachelor zum Master der Fall sein? Gehen die Leute vielleicht dann woanders hin, wo die Hochschulen besser ausgestattet sind? Vielleicht können Sie zum Thema Studienabbruch noch einmal etwas sagen.

Die letzte Frage, vielleicht an Frau Dr. Baum speziell: Wird es denn auch weniger Promotionen geben, weil Betreuungsleistung wegfällt? Vielleicht können Sie noch einmal etwas dazu sagen, denn die Promovierenden sind natürlich – neben den Studierenden – eine sehr wichtige Kohorte in Berlin, die auch viel zur wissenschaftlichen Innovation beiträgt. Wenn da Betreuungsleistungen wegfallen, würde das dem Wissenschaftsstandort deutlich schaden, also vielleicht zum Thema Promotion noch einmal eine Aussage. – Vielen Dank!

Vorsitzende Franziska Brychcy: Vielen Dank! – Als Nächster ist Herr Hopp an der Reihe.

Marcel Hopp (SPD): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Vielen Dank an die Anzuhörenden, dass Sie heute hier sind, und auch für die Einblicke! Ich will auch kurz mit einer Vorbemerkung beginnen, weil es auch von Frau Rohde und Frau Wilde angesprochen wurde, bezogen auf die Absage der BAföG-Erhöhung durch Bundesforschungsministerin Dorothee Bär. Das ist natürlich auch aus unserer Berliner Perspektive – und wir sind nun einmal eine Studierendenstadt – ein Schlag ins Gesicht der Berliner Studierenden. Das kann man nicht anders sagen. Insbesondere finde ich die Äußerungen, die dazu getätigt werden, problematisch. Sie sagt zum Beispiel: Wenn bei Pflegebedürftigen gekürzt werden kann, wenn Elterngeld gekürzt

werden kann, dann sind die Studierenden auch mal dran. Das muss ausgehalten werden. Das zeugt, finde ich, von einem fehlenden Problembewusstsein generell für Familien, weil im Zweifelsfall betreffen diese Phänomene eine Familie mehrfach.

Auch zu sagen, es ist kein Drama, wenn Studierende neben dem Studium jobben, ist angesichts der Tatsache, dass die allermeisten BAföG-Studierenden – insbesondere in Berlin – jobben müssen und das bereits tun, vor dem Hintergrund, Sie haben es angesprochen, steigender Mietkosten – ein WG-Zimmer, das man hier wirklich nicht mehr günstig bekommt –, steigender Lebenshaltungskosten, steigender Energiepreise, wirklich ein Hohn. Deswegen ist diese Erhöhung eigentlich auch nur ein Minimum an Forderung. Was es eigentlich bräuchte, wäre eine Kopplung des BAföG an die steigenden Mieten und Lebenshaltungskosten, insbesondere für Metropolregionen wie Berlin. Das bräuchte es tatsächlich. Dann müsste man auch nicht jedes Mal darüber verhandeln, ob jetzt in welcher Höhe eine Erhöhung angebracht ist oder nicht. Insofern: Die Berliner Studierenden brauchen dringend diese BAföG-Erhöhung, und das ist aus Berliner Perspektive ganz klar zu unterstreichen. Unsere Erwartungshaltung ist: Die BAföG-Erhöhung muss kommen, und Bundesministerin Bär muss hier liefern.

Diese Bemerkung ist, glaube ich, angesichts der gestrigen, auch verwirrenden Kommunikation notwendig; aus dem Ministerium kommen auch andere Äußerungen, auch das Verweisen darauf, dass die Regierungsfaktionen das nicht wollten, die dann teilweise dementieren. Es sind alle sehr verunsichert, und diese Vorbemerkung, glaube ich, ist da angesichts der Nachrichtenlage sehr dringend notwendig.

Zum Thema: Was man hier vorweg auch noch einmal als zweite und letzte Bemerkung sagen muss: Selbstverständlich, und da würde ich sagen, spreche ich für alle demokratischen Fraktionen, haben wir das Ziel und überhaupt keinen Dissens darin, dass die Rahmenbedingungen für Studierbarkeit, was die politische Verantwortung angeht, so gut wie möglich sein sollten. Das ist ganz klar. Gleichzeitig muss man auch immer wieder betonen: Wenn wir über das Thema Kürzungen sprechen, insbesondere in den letzten Jahren – und hier sitzen auch viele, die damals in Verhandlungen miteinander saßen –, dann hat sich niemand in Berlin diese Kürzungen ausgesucht. Es ist auch keineswegs so, dass es ein Berliner Spezifikum ist oder irgendwie ein Spezifikum, was die Wissenschaft betrifft. Die Äußerung von Herrn Schulze, dass das alles Makulatur ist und alles rückgängig gemacht werden kann – also dass man das nicht durchführen muss –: Ich bin gespannt, wie Sie dann nach der Wahl darüber reden. Ich halte das für Wahlkampfgeplänkel. Ich wünsche, es wäre so; das ist ganz klar. Man muss aber einfach zur Kenntnis nehmen, dass dem nicht so ist.

Deswegen bin ich auch nach wie vor – das habe ich auch schon mehrfach gesagt – sowohl den Hochschulleitungen als auch der Senatorin sehr dankbar, dass gemeinsam ein verantwortungsvoller Weg gesucht wurde. Mir ist völlig klar, dass wir trotzdem den Hochschulen, insbesondere den Studierenden und den Beschäftigten, damit sehr viel zumuten. Aber noch einmal: Man möge mir bitte einen anderen Weg, und zwar einen seriösen, zeigen. Ich sehe keinen. Trotzdem entbindet uns das nicht von der Verantwortung, insbesondere als Fachpolitik, dass wir für die Belange der Hochschulen, insbesondere in diesem Fall für die Studierenden, kämpfen.

Ich bin da auch nicht zufrieden. Die Erhöhung des Sozialbeitrags wurde angesprochen. Wir hatten hier auf Fachebene eine andere Lösung. Leider, muss man sagen, ist dann auch der

Finanzsenator persönlich reingekommen und hat gesagt: Nein, das muss noch mehr erhöht werden. Oder auch die Frage von Vergünstigungen für Mobilität, also das Studierendenticket: Auch hier war ganz klar die Initiative von der Fachebene, günstige Mobilität für Studierende in Berlin zu erhalten. Hier war leider auch kein Durchkommen bei der Verkehrssenatorin. Wir haben hier leider Rahmenbedingungen, die es uns schwer machen. Dennoch glaube ich: Für die Zukunft – ich will es nicht trivialisieren, ich sehe alle Probleme, die Sie adressieren – möchte ich nur transparent machen: Natürlich kämpfen wir weiterhin für den Wissenschaftsstandort Berlin, für die Studierendenstadt Berlin und dafür, dass die Rahmenbedingungen sich trotz der Kürzungen der letzten Jahre in den nächsten Jahren auch stabil und verlässlich weiter nach oben entwickeln.

Ich hätte nur noch wenige Fragen, weil viele hier schon genannt wurden. Ich hätte die Frage an die Senatorin, bezogen auf die Absage der BAföG-Reform durch die Bundesforschungsministerin Bär: Wie bewerten Sie das, und was ist Ihre Einschätzung? Wird die KMK reagieren? Das betrifft alle Bundesländer. Gibt es bereits Gespräche? Wie schätzen Sie das ein?

Noch einmal bezogen auf die Beratungsangebote, insbesondere im studierendenWERK BERLIN, zur psychosozialen Beratung: Es würde mich sehr interessieren, ob sich jetzt im Zuge der Kürzungen auch die Probleme verschieben, mit denen man zur psychosozialen Beratung oder auch zur Beratung zur Finanzierbarkeit des Studiums kommt. Hat sich da etwas innerhalb der letzten Jahre verschoben, oder ist der Bedarf weiterhin hoch? Das wissen wir: In den letzten Jahren wurde da, wo wir mehr vergeben konnten, auch versucht, das im studierendenWERK BERLIN zu verstärken. Das ist jetzt leider nicht der Fall. Trotzdem interessiert mich die Frage, ob die Kürzungen im Bereich Hochschule auch etwas mit den Bedarfen macht, die in den Beratungen dargelegt werden.

Da hätte ich auch die Frage an den Senat: Wie bewertet die Senatorin die Entwicklung der Studierbarkeit, um die es heute hier geht, für die kommenden Jahre – insbesondere vor dem Hintergrund, dass die Mittel für die Hochschulen in den kommenden Jahren auch wieder schrittweise steigen werden? Was hat das für Auswirkungen auf die Rahmenbedingungen und die Studierbarkeit? – Vielen Dank!

Vorsitzende Franziska Brychey: Vielen Dank! – Frau Brauner ist an der Reihe.

Kerstin Brauner (CDU): Frau Vorsitzende! Sehr geehrte Damen und Herren! Zunächst möchte ich Herrn Schulze einmal deutlich widersprechen, dass der Bereich Wissenschaft und Forschung keine hohe Priorität hat. Ja, wir mussten schmerzhaft Kürzungen hinnehmen. Die sind sowohl für die Hochschulen als auch für die Studierenden eine Herausforderung. Gleichzeitig beträgt das Gesamtvolumen im Berliner Haushalt für den Einzelplan 09 für die Jahre 2026 2,69 Milliarden Euro und im Jahr 2027 sogar 2,76 Milliarden Euro. Das sind erhebliche Mittel und Investitionen in den Bereich Wissenschaft und Forschung. Zugleich haben wir die Versorgungslasten. Ab dem Jahr 2026 sind die in den Änderungsverträgen zwischen der Senatsverwaltung und den Hochschulen geregelt, und die Hochschulen werden um 120 Millionen Euro für die nächsten drei Jahre entlastet. Dementsprechend: Das sind wirklich große Summen, und ja, es benötigt mehr. Die Frage an die Senatorin: Wo können noch Synergien genutzt werden? Wo kann man einsparen oder Veranstaltungen zusammenlegen, ohne, oder so gering wie möglich, das Angebot zu verringern?

Dann möchte ich auch noch einige Sätze zur BAföG-Förderung sagen. Das BAföG wird vollständig aus Bundesmitteln finanziert. Das ist auch auf der Bundesebene angesiedelt. Der BAföG-Höchstsatz liegt derzeit bei 992 Euro, und für Studierende, die die Möglichkeit haben, zu Hause zu wohnen, liegt er bei 671 Euro. Dazu können 603 Euro von den Studenten anrechnungsfrei hinzuverdient werden. Wenn man von dem Höchstsatz und 603 Euro, beispielsweise in einem Minijob, hinzuverdient, liegt man schon bei 1 500 Euro, die eine Studentin oder ein Student monatlich zur Verfügung hat. Die Wohnkosten, gerade für Berlin, sind derzeit in den 992 Euro mit 380 Euro anteilig angesetzt. Die sind für eine Stadt wie Berlin zu niedrig. Ein WG-Zimmer liegt gerne bei 600, 650 Euro, und wenn dann nur 380 Euro Wohnkostenanteil enthalten sind, ist das gerade für eine Stadt wie Berlin deutlich zu niedrig. Dementsprechend appelliere ich auch an den Bundesfinanzminister, auch wenn ich weiß, dass der Bundeshaushalt auch angespannt ist, dass dort etwas getan wird, gerade für die Berliner Studenten. Der Anteil ist deutlich zu niedrig. – Vielen Dank!

Vorsitzende Franziska Brychcy: Jetzt ist Frau Neugebauer an der Reihe.

Laura Neugebauer (GRÜNE): Um ehrlich zu sein, finde ich das wirklich unangemessen, und es entbehrt jeglicher eigener Verantwortungsübernahme, wie die Koalition gerade versucht, die komplette Verantwortung auf den Bund zu schieben. Ja, ich finde es fatal, was gerade auf Bundesebene passiert. Ich verstehe nicht, warum die CDU und CSU so komplett realitätsfern unterwegs sind, eine BAföG-Reform mit der Begründung zu kassieren: Na ja, wir würden in anderen sozialen Bereichen auch kürzen. – Ein Fehler begründet den nächsten Fehler. Dann zu sagen: Na ja, dann sollen sie doch arbeiten. – Die heutige Generation an Jugendlichen und Menschen zwischen 20 und 29 Jahren arbeitet historisch mehr als alle Generationen vor ihnen. Da würde ich mal ganz freundlich die CDU mit ihren durchschnittlich 60 Jahren darauf hinweisen, dass man im Glashaus vielleicht nicht mit Steinen werfen sollte.

Wir reden hier über Studierbarkeit im Land Berlin, und wir reden vor allem über Studierbarkeit vor dem Hintergrund der hiesigen Haushaltskürzungen. Da kann man die Verantwortung nicht allein auf das BAföG vom Bund abschieben, vor allem, weil die Mehrheit der Berliner Studierenden kein BAföG bezieht. Wir reden hier über Menschen, die teilweise Vollzeit neben ihrem Studium arbeiten, um sich das Studium zu finanzieren.

An der Stelle möchte ich auch noch einmal darauf hinweisen: Wir haben in Berlin zum Glück die Möglichkeit für ein Teilzeitstudium. Ich würde an der Stelle fragen, wie bekannt diese Option überhaupt in der Studierendenschaft ist und ob sie genutzt werden kann, um damit auch die Lastverteilung im Kontext von Arbeit und Studium besser bewältigen zu können. Denn ein Teilzeitstudium ist schon etwas anderes als ein Vollzeitstudium und bildet wahrscheinlich die Realität praktikabler ab als dieses. Es berechtigt auch zu anderen Zugängen in der rechtlichen Unterstützung. Das wäre meine erste Frage. Ich will aber noch einmal darauf hinweisen, dass ein reguläres Studium ein Vollzeitstudium ist. Von den Menschen, die teilweise schon 20 Stunden neben dem Studium arbeiten, zu erwarten, dass sie, um ihr Leben zu finanzieren, noch mehr arbeiten sollen, ist realitätsfern.

Dann noch einmal zu dem Thema, ob das grundständige Studium sichergestellt wird, der Kollege Schulze hat das auch schon sehr ausführlich gefragt: Das will ich unterstützen. Ich möchte aber auch darauf verweisen, das ich vor mehreren Wochen hier nachgefragt habe, wie die Situation des Mittelbaus in unserer Hochschullandschaft ist, und zwar explizit dahin gehend,

wo Mittelbau-Stellen abgebaut wurden. Welche Bereiche haben inzwischen vielleicht keinen Mittelbau mehr und hatten ihn vorher? Darauf konnte die Senatorin im Ausschuss nicht antworten und hat zugesichert, dass sie uns hierzu einen Bericht vorlegen wird. Der Bericht sagt Folgendes: Es sind im Moment keine Stellen im Mittelbau ausgeschrieben. – Das war aber auch nicht die Frage. Die Frage war: Wo waren vorher Stellen im Mittelbau, die jetzt nicht mehr existieren, und wo wurde der Mittelbau so reduziert, dass dort jetzt vielleicht auch gar kein Mittelbau mehr existiert? Es war nicht die Frage nach ausgeschriebenen Stellen, weil wir vor dem Hintergrund der aktuellen Kürzungen wissen, dass keine Stellen ausgeschrieben werden können, weil die Gelder gar nicht vorhanden sind, um diese Stellen am Ende zu finanzieren.

Weil ein großer Anteil der Lehre vom Mittelbau mitabgedeckt wird, würde mich auch noch interessieren, weil ich glaube, dass die universitäre Perspektive da ebenfalls relevant ist: Wie sieht die Reduzierung der Tutorien und der Kapazitäten aus? Eine Reduzierung heißt nicht, dass wir weniger Studierende haben, sondern es heißt, dass wir mehr Studierende in weniger Tutorien haben. Das heißt, es ist auch eine Frage davon, wie gut diese Tutorien überhaupt im Moment noch betreut werden. An der Stelle würde ich auch darauf hinweisen, dass weniger Tutorien auch bedeutet, dass sie weniger vereinbar mit dem Job sind, weil man weniger zeitliche Auswahl hat, wann man ein Tutorium belegen kann, das vielleicht mit den Arbeitszeiten, die man hat, kompatibel ist. Das ist auch ein Einfluss, den wir als Land Berlin haben.

Dann würde mich die Frage nach der Studiumsqualität interessieren, weil wir wissen, dass vor allem die Erstakademisierung sehr auf vernünftige Betreuung, Nähe zu Dozierenden, die Möglichkeit, Rückfragen zu stellen, kleinere Kohorten in den Kursen angewiesen ist. Wo werden Einflüsse gesehen, was Erststudierende in den Familien angeht? Werden bereits existierende Hürden durch die Kürzungen verstärkt? Anknüpfend an die Fragen des Kollegen Schulze, der schon sehr viele gestellt hat, wären das die Punkte, auf die ich noch einmal den Fokus legen würde, auch was die Verstärkung von Barrieren angeht.

Die zweite Frage: Wie sehen die Auswirkungen auf Nachteilsausgleiche aus? Gibt es dort schon sichtbare Einschränkungen, aufgrund von Mangel an Personal, Räumen oder anderen Engpässen Nachteilsausgleiche vollumfänglich abbilden zu können?

Ich habe es gerade eben schon mal angesprochen: Auch wenn im Moment sehr viele Hilfsangebote von anderen Hochschulen im Raum stehen, ist das auch noch einmal die Frage an den Senat: Wird für die Eventualität, dass an der TU Berlin nicht alle Prüfungen abgelegt werden können – ich glaube, wir können jetzt erst einmal bei der Masse an Angeboten optimistisch sein, dass es möglich ist, aber ich glaube, wir wissen erst final am Ende des Prüfungszeitraums, ob alles auch so geglückt ist, wie es hätte glücken sollen –, eine rechtliche Vorsorge getroffen, falls Studierende durch die bauliche Situation der TU Berlin in Verzug mit ihrem Studium kommen und falls diese Studierenden auch BAföG-Empfängerinnen und -Empfänger sind, um diese Menschen zu entlasten und einen weiteren Zugang zum BAföG trotz potenziell selbst unverschuldeten Studienverzugs zu ermöglichen? Gleichzeitig wäre auch die Frage: Welche rechtlichen Möglichkeiten gibt es, falls es durch Kürzungen zu Studienverzug kommt, weil Kurse nicht belegbar sind? Das ist dann die sekundäre Frage, die wir, glaube ich, jetzt noch nicht so sehr spüren, aber wahrscheinlich im nächsten und vielleicht auch übernächsten Semester, wenn wir mit den Kürzungen so weitermachen.

Das Stichwort: Was machen wir, wenn es doch zu Studienverzug kommt, der auch durch den vom Abgeordnetenhaus und vom Senat auferlegten Kürzungsdruck bedingt ist? Was gibt es für Möglichkeiten, um Studierende, die BAföG empfangen, den Zugang zum BAföG zu ermöglichen, wenn dieser Verzug von ihnen nicht verschuldet ist, um auch sicherzugehen, dass da nicht Leute aus dem System fallen, die eigentlich voll berechtigt sind?

Wir wissen alle: Der Kreis der BAföG-Empfängerinnen und -Empfänger wird auch immer kleiner, weil die Grenzwerte für den Empfang von BAföG im Vergleich zu Tarifsteigerungen, Lohnsteigerungen und Inflation im Realwert nicht adäquat angepasst werden. Der Kreis derer, die berechtigt sind, BAföG zu beziehen, wird immer kleiner dadurch, dass Inflation und Tarifsteigerungen die Gehälter im Absoluten größer werden lassen, aber nicht im Reallohn. Long Story short: Wir haben Menschen, die, wenn sie BAföG-berechtigt sind, eine sehr geringe Wahrscheinlichkeit haben, dass sie von Eltern unterstützt werden können, wenn es da zu Ausfällen kommt: Wie kann man das abfangen, falls das nicht durch sie selbst verschuldet ist, sondern durch die Umstände der Berliner Wissenschaftspolitik?

Vorsitzende Franziska Brychcy: Herr Trefzer ist an der Reihe.

Martin Trefzer (AfD): Vielen Dank! – Ganz herzlichen Dank an die Anzuhörenden für Ihre engagierten Statements und auch für Ihre drastischen, plastischen Darstellungen der Folgen der Kürzungen, die wir in den letzten Jahren erlebt haben!

Bei der politischen Bewertung kann ich mich in der Tat zumindest partiell Frau Neugebauer und Herrn Schulze anschließen. Es ist wirklich abenteuerlich, was die Koalition hier gerade erzählt – Frau Brauner ist wahrscheinlich gerade rausgegangen, um sich nicht anhören zu müssen, was ich hier zu sagen habe. Ich habe so ein bisschen ein Déjà-vu, weil das mein Ceterum censeo ist. – [Zuruf von Peer Mock-Stümer (CDU)] – Natürlich, lieber Herr Mock-Stümer, hat dieser Senat in den letzten Jahren die falschen Prioritäten gesetzt. Wir haben einen Rekordhaushalt, und Sie haben sich dafür entschieden, andere Dinge zu machen. Denken Sie doch mal an die 100 Millionen Euro für Elektrobusse. Denken Sie doch mal an die ganzen Wasserstoffmüllfahrzeuge, die ungenutzt rumstehen – jedes Stück für 1 Million Euro. Da haben Sie sich keine Gedanken gemacht. Dieser Senat hat die falschen Prioritäten gesetzt. Es ist kein Einnahmenproblem, es ist ein Ausgabenproblem. Sie schaffen es nicht hin, die Prioritäten richtig zu setzen.

Da muss ich schon sagen, Herr Hopp: Es ist wirklich abenteuerlich, was Sie hier gerade sagen. Sie machen mal wieder genau das, was Sie immer machen: Opposition in der Koalition. Sie sind doch im Bund auch in der Koalition. Da können Sie sich doch nicht hinstellen und sagen, dass die Ministerin von der CSU, Frau Bär, von einem völlig falschen Stern ist. Wenn Sie sagen würden, Sie haben diese Priorität, diese BAföG-Novelle durchzusetzen, bin ich mir absolut sicher, dass Sie das durchsetzen könnten, wenn Sie vielleicht an anderer Stelle bereit wären, einen Kompromiss zu machen. Auch da wieder falsche Prioritätensetzung! Das Gleiche ist auch hier im Land der Fall: Sie haben sich hingestellt und haben gerade gesagt: Niemand hat sich diese Kürzungen ausgesucht. – Da fällt mir im 65. Jahr des Mauerbaus ein anderer Spruch ein: Niemand hat die Absicht, Kürzungen zu machen. – Natürlich hatten Sie die Absicht zu kürzen. Sie hätten hier andere Prioritäten setzen können, Herr Hopp. Das haben Sie nicht getan, und die Folgen haben wir jetzt gerade sehr drastisch zu hören bekommen.

Ich bin Ihnen wirklich dankbar, auch Frau Dr. Neuhaus, dass Sie das auf den Punkt gebracht haben. „Erratisches Sparen“ ist genau das, was hier gemacht worden ist. Es wird willkürlich brutal gespart. Sie hatten überhaupt keine Ahnung, wie Sie damit umgehen können. Sie haben geschildert, wie Sie erst bei den Tutorien reingegangen sind, haben es dann wieder versucht zu korrigieren, und was das alles für langfristige Auswirkungen hat, auch auf den Innovationsstandort Berlin und seine Leistungsfähigkeit. Danke Ihnen, dass Sie das jetzt so deutlich dargestellt haben!

Natürlich sind die sozialen Auswirkungen auch überhaupt nicht zu gering zu veranschlagen. Deswegen auch an Frau Rohde herzlichen Dank für Ihre Darstellung! Es gibt eine regelmäßige Untersuchung des Deutschen Zentrums für Hochschul- und Wissenschaftsforschung, die im Auftrag des Studierendenwerks alle paar Jahre durchgeführt wird, um die soziale Situation der Studenten zu ermitteln. Da habe ich gesehen, dass die letzten Zahlen von 2021 sind. Die Sozialerhebung, die 2025 gelaufen ist, kommt, glaube ich, erst nächstes Jahr. Ich weiß nicht, ob Sie schon einen tieferen Einblick hatten. 2021 war das durchschnittlich verfügbare Einkommen der Studenten in Berlin 1 204 Euro. Wenn ich mir jetzt mal die ganzen Preissteigerungen und auch die Tarifsteigerungen seit 2021 anschau, dann müsste man doch eigentlich auf einen höheren Betrag kommen als die 1 300 Euro, die Sie gerade genannt hatten. Ich würde mal eher auf 1 400 bis 1 500 Euro tippen, aber ich weiß nicht, ob das vielleicht auch zu hoch liegt. Wenn das zu hoch läge, und es wären wirklich nur 1 300 Euro, dann würde das bedeuten, dass die Anpassung nach oben bei den Studierenden in den letzten fünf Jahren wesentlich weniger und geringer ausgefallen ist als in der Gesamtheit der Gesellschaft und auch in der Gesamtheit der Tarifverträge. Dort gab es teilweise deutlich höhere Tarifabschlüsse.

Dann noch einmal zur Situation der Studierenden: An Sie, Frau Rohde, die Frage: Wir haben auch von Frau Adler gehört, dass der Beratungsbedarf durch die Entwicklungen der letzten Monate und Jahre nicht geringer geworden ist, sondern ganz im Gegenteil. Die sozialen und psychologischen Hilferufe sind quantitativ mehr geworden, aber auch qualitativ sind die Probleme größer geworden. Deswegen meine Frage: Wie entwickelt sich da der Beratungsbedarf? Auch im Hinblick auf die soziale und finanzielle Stellung der Studierenden: Wie entwickelt sich die Nachfrage nach Finanzierungsberatung, um mit dieser Notlage umzugehen? Wie entwickelt sich beispielsweise die Situation beim Thema Schulden? Auch Überschuldung ist ein Thema für den einen oder anderen, der auch in den Studienkredit reingegangen ist. Wie stellt sich dieser ganze finanzielle Beratungsbedarf dar? In diesem Zusammenhang auch die Frage: Was haben die Kürzungen für Auswirkungen beim studierendenWERK BERLIN auf die Finanzierungsberatung, Verschuldungsberatung und Sozialberatung? Wie sind da die Auswirkungen einzuschätzen? Sie haben das alle wirklich gut und plastisch dargestellt, auch mit den verringerten Öffnungszeiten, und haben erwähnt, was da alles gemacht werden muss, um dem entgegenzuhalten.

Das würde mich vom Senat interessieren: Mir ist die 24-Stunden-Bibliothek eingefallen. Da wurde auch Geld in die Hand genommen, wo wir gesagt haben: falsche Priorität, da Geld in die Hand zu nehmen, auch wenn es nur ein paar 100 000 Euro waren, sage ich mal in Anführungszeichen. Da ist auch Geld reingeflossen, damit man an der TU Berlin die Bibliothek 24 Stunden öffnen konnte. Ist das noch sinnvoll, Frau Senatorin, vor dem Hintergrund, dass wir gehört haben, dass Studierende tagsüber vor verschlossenen Türen mit einem Schild: „Diese Bibliothek ist aufgrund von Personalmangel jetzt geschlossen“ – stehen?

Ich wollte noch einen anderen Punkt aufmachen, der noch nicht angesprochen wurde, weil ich den Eindruck habe, dass die Studenten in einem Schraubstock aus finanziellen und sozialen Belastungen sowie Studiendruck stecken. Es gibt all diese Kürzungen, es gibt zu wenige Prüfer, die zur Verfügung stehen. Man muss sehr vielem hinterherrennen. Andererseits beobachte ich aktuell eine sehr starke politische Ideologisierung an den Hochschulen. Man hat den Eindruck, es gibt wirklich einen Schraubstock aus sachlichen Zwängen und politischer Ideologisierung.

Ich will als Beispiel Situationen nennen, die sich in den letzten Jahren zugespitzt haben: Wir haben jetzt beispielsweise diese Auseinandersetzung um eine Veranstaltung zur Menschenrechtslage in China. Wir hatten diese Demonstrationen an der FU Berlin, aber nicht nur an der FU, das zieht sich durch alle Universitäten, wo Studierende die Hochschulen veranlassen wollen, Partnerorganisationen in Israel zu boykottieren. Damit kommen wir zum Thema: Wie sieht es in diesem Spannungsfeld Antisemitismus aus? Wie ist die Lage jüdischer Hochschulangehöriger? Was ich höre, ist, dass die Lage auch sehr zugespitzt ist.

Jetzt findet diese Woche eine Aktionswoche „Wissenschaft gegen Faschismus“ statt, mit der Prämisse, dass die Universitäten einer Faschisierungswelle unterliegen. Da frage ich mich: Wie realitätsnah ist denn so etwas? Wie trägt das dazu bei, diese Nöte vielleicht sogar noch zu verschärfen, die Sie gerade geschildert haben, wenn so eine These in den Raum gestellt wird? Aber vor allem interessiert mich der Umgang mit dieser Problematik im Zusammenhang mit den Israel-Boykotten. Bei den Schreiben der AStAs gab es beispielsweise auch an der HU Berlin die Auseinandersetzung, wie man das formulieren soll. Sie haben sich dann darauf festgelegt, dass sie einen Boykott der entsprechenden wissenschaftlichen Partnerorganisationen in Israel fordern. Es gab die Academic-Boycott-Conference Anfang des Jahres, wo auch Dozenten mitgemacht haben, wo gezielt der Boykott israelischer Partnerorganisationen organisiert werden soll. Ich frage mich, wie sich das auf das Klima an den Hochschulen auswirkt – nicht nur für jüdische Hochschulangehörige, sondern insgesamt? Ich höre auch von sehr vielen, dass der Meinungsdruck, der Konformitätsdruck an den Universitäten in den letzten Jahren stärker geworden ist. Das würde mich auch noch interessieren. Die anderen Fragen sind von meinen Vorrednern gestellt worden. – Vielen Dank!

Vorsitzende Franziska Brychey: Bevor wir jetzt gleich in die Antwortrunde einsteigen, hat der Senat das Wort. – Frau Senatorin!

Senatorin Dr. Ina Czyborra (SenWGP): Vielen herzlichen Dank! – An uns waren auch ein paar Fragen gerichtet. Zunächst einmal als Vorbemerkung: Wir befinden uns hier wieder in einem Spannungsfeld zwischen Steuerungswünschen von Politik und Hochschulautonomie. Frau Neuhaus lacht freundlich, weil das natürlich genau das Spannungsfeld ist, in dem wir gemeinsam arbeiten. Wir haben auch kein Reporting – ich glaube, die Hochschulen würden

das voller Entsetzen von sich weisen –, das tatsächlich bis auf Fächer-, Fachbereichs- oder Institutebene offene Stellen, Nachbesetzungen oder andere Entscheidungen der Senatsverwaltung berichtet und darüber Statistiken führt. Es liegt in der Aufgabe der Hochschulen – ich glaube, auch der Hochschulleitungen –, dass die einzelnen Fachbereiche oder Fakultäten da ein hohes Maß an Autonomie haben, wie sie Dinge umsetzen.

Ich bin sehr dankbar für die Bemerkung, dass Tutorien zu streichen sicherlich keine gute Idee ist. Wir wissen – und das wurde auch mehrfach gesagt –, dass gerade Studierende aus nicht-akademischen Hintergründen ganz besonders auf eine gute Betreuung insbesondere am Anfang des Studiums angewiesen sind und dass das sehr viel mit dem späterem Studienerfolg zu tun hat. In einem ganz anderen Zusammenhang sagte mal jemand zu mir: „Wir verschießen unsere Ressourcen am Anfang“. Ich glaube, das ist für das Studium auch sinnvoll, den Studieneinstieg durch Beratung und eben auch durch Tutorien gut zu unterstützen. Wir wissen – das haben wir auch schon häufiger miteinander besprochen –, dass Studienplätze noch keine Fachkräfte sind. Nur wenn Studienplätze in Anspruch genommen werden und erfolgreich zu Ende studiert wird, haben wir die gewünschten Fachkräfte. Das gut auszutarieren und den richtigen Weg zu finden, das sicherzustellen, ist etwas, worum wir gemeinsam ringen.

Wir haben auch das Thema Fachkräftebedarfe und in welchen Bereichen wir eigentlich in Berlin ganz besonders ausbauen oder zumindest Niveaus halten müssen und Studierende dann in diese Angebote bekommen. Das ist auch eine der Aufgaben, die wir der Perspektivkommission für den Berliner Wissenschaftsstandort mit auf den Weg gegeben haben. Es ist tatsächlich ein unterforschter Bereich auch in der politischen Steuerung, für akademische Fachkräftebedarfe gute Grundlagen zu schaffen und das dann auf Landesebene umzusetzen.

Ich wurde vorhin ein bisschen durch das Wort „Wachstumspfad“ von Herrn Schulze getriggert. Wenn mit Wachstumspfad ein weiterer Ausbau von Studienplätzen oder ein weiteres großes Wachstum unseres Wissenschaftsstandorts gemeint ist, dann denke ich, dass das der falsche Ansatz ist. Ich habe schon häufiger darauf hingewiesen – und das wird dann gerne kritisiert: Wir haben im Augenblick eine deutliche Abnahme an Menschen pro Jahr, die eine Zugangsberechtigung erwerben, in unserem Bildungswesen. Bundesweit betrachtet gibt es Studienplätze, Studienplatzangebote in fast allen Fächern, auch NC-frei, mit wenigen Ausnahmen. Das soll nun nicht heißen: Geht irgendwo anders hin. – Das ist es nicht, aber das ist einer der Gründe, warum die Forderung von Metropolräumen, den BAföG-Wohnanteil je nach Bedarfen in besonders angespannten Wohnlagen zu dynamisieren, im Bund aus den Flächenländern keine Zustimmung erhalten hat. Die Flächenländer haben zum Teil günstigere Lebenshaltungskosten und sehen das auch als Vorteil für ihre Hochschulstandorte.

Zur BAföG-Debatte: Diese Absage an das BAföG ist natürlich nicht endgültig, und ich war auch an einigen Stellen irritiert. Herr Hopp hat es gesagt: Natürlich gibt es in Familien pflegebedürftige Groß- oder Urgroßeltern, vielleicht Enkel in der Familiengründungsphase oder studierende Enkel und so weiter. Wenn in all diesen Bereichen zusätzliche Belastungen auftreten oder Leistungen gekürzt werden, dann macht das mit allen Generationen einer Familie etwas und hat, glaube ich, an der Stelle weniger mit Generationengerechtigkeit zu tun, sondern im Gegenteil. Dass die Enkelgeneration, die mal die großen Lasten – nicht nur des demografischen Wandels, der Transformation der Gesellschaft, der Herausforderungen in der Klimakrise und so fort – tragen wird, zumindest gut ausgebildet wird und das auch in guter Absicherung tun kann, ist, glaube ich, für alle Generationen dieser Gesellschaft von großer

Bedeutung, gerade damit diese anderen Herausforderungen auch angenommen werden können.

Ich muss allerdings auch sagen, dass ich ein bisschen Verständnis für die Bundesministerin aufbringen muss. Herr Schulze sagte auch: Ich kämpfe tapfer. – Auch bei ihr ist natürlich das Problem, wenn die BAföG-Erhöhung aus ihrem Etat erbracht werden soll, das zulasten von Forschungsförderung und anderen Aufgaben des Ministeriums geht, was für den Wissenschafts- und Forschungsstandort Deutschland auch keine wirklich gute Idee ist. Das heißt, hier brauchen wir eine Finanzierung aus dem Bundeshaushalt, mit der wir dann auch tatsächlich beides tun können: Forschung und Wissenschaft fördern und eine gute Absicherung der Studierenden hinbekommen.

Es gab noch ein paar Fragen zur Lehrkräftebildung: Die Sonderprogramme sind in die Hochschulverträge integriert worden. Nach unserem Kenntnisstand hat es keinen Abbau von Dingen gegeben, die vorher aus den Sonderprogrammen finanziert wurden. Wir haben immer gewollt, dass diese Sonderprogramme nicht mehr in Jahresscheiben, in diesen kurzen Abständen mit einem hohen Genehmigungsaufwand für die Hochschulen und für uns durchgeführt werden, sondern Bestandteil der Hochschulverträge werden. Nur dann kann man aus diesem Geld auch längerfristig Strukturen schaffen und nicht von Semester zu Semester kleinteilig Sonderfinanzierungen für alles Mögliche haben. Sie sind in die Hochschulverträge integriert worden, und nach unserem Kenntnisstand ist die Zusage der Hochschulen, dass das Geld dann auch so verwendet wird, wie es der Sinn dieser Sonderprogramme war, eingehalten worden. Wir haben keine Anzeichen dafür, dass irgendwo vertragswidrig im Bereich der Lehrkräftebildung gekürzt worden wäre.

Es gab die Frage, ob die Promotionszahlen sinken. Das ist natürlich, weil Menschen sich in bestimmten Rahmenbedingungen auch individuell verhalten, nicht ganz so einfach zu beantworten. Wir können aber eines sagen: Wir sind dabei, an den HAWs unsere Promotionszentren einzurichten. Einige sind genehmigt, andere sind noch in der Genehmigungsphase, sodass wir gerade an den HAWs mithilfe der HAW-Promotion durchaus eine gute Grundlage haben, um auch tatsächlich Studierende von HAWs zur Promotion zu führen und wir da vielleicht steigende Zahlen sehen werden. Das wird auch dann gefördert und finanziert.

Ich bin Frau Wilde sehr dankbar für den Hinweis, dass das, was die Studierbarkeit, die Vereinbarkeit der ganzen Herausforderungen mit dem Studium betrifft, nach ihrer Wahrnehmung sehr stark auch außerhalb dessen liegt, was wir mit den Mitteln der Hochschulpolitik gestalten können. Wir haben die Situation auf dem Wohnungsmarkt, und das ist, glaube ich, der Hebel – Mieten in den Griff zu bekommen, bezahlbaren Wohnraum zur Verfügung zu stellen –, der die größte Entlastung für die Lebenssituation von Studierenden hätte. Insofern ist das immer wieder ein Schwerpunkt der Politik, so schwer es auch ist, unter den rechtlichen Rahmenbedingungen diesen Wohnungsmarkt in den Griff zu bekommen. Mir sagten mal Studierende: Niemand von uns wohnt eigentlich in legalen Mietverhältnissen. – Es ist auch ein grauer Untermietenmarkt, in dem viele sich herumschlagen müssen. Da können so Dinge wie Mietenkataster auch helfen, dass wir an diesem grauen Wohnungsmarkt, der Studierende besonders belastet, vielleicht etwas tun können.

Studierbarkeit angesichts wieder steigender Zuschüsse: Ja, unsere Zuschüsse steigen auch wieder. Wir müssen auch sagen, dass nach dem, was wir momentan wissen, der Einsatz von

Rücklagen an den Universitäten deutlich geringer war, als wir angenommen hatten. Das heißt, man hat offensichtlich andere Wege gefunden, Kosten zu senken, vielleicht auch manchmal an den falschen Stellen. Wir müssen uns das natürlich genau anschauen, dass in diesem erratischen Sparen, von dem Frau Neuhaus sprach, am Anfang auch Einsparungen gemacht wurden, die jetzt wieder korrigiert werden müssen. Wir sind in diesen Strukturprozessen.

Ich will nur noch einmal sagen: Wir haben in sehr kurzer Zeit von 130 000 auf 170 000 Studienplätze an öffentlichen Hochschulen skaliert. Das hat auch viele Wachstumsschmerzen verursacht. Das Ziel muss sein, dass die Studienplätze, die wir anbieten – wenn es auch vielleicht etwas weniger sein werden als jetzt –, gut ausgestattet sind und dass es die richtigen Studienplätze sind mit den richtigen Angeboten für die kommende Generation und unsere Fachkräftebedarfe. Das wird noch ein längerer Prozess sein, auch das hat Frau Neuhaus gesagt. Unser Ziel muss sein, dass die befürchteten Konsequenzen des Einbruchs von Fachkräften zumindest gemildert werden, indem wir im Rahmen, der uns gegeben ist, die richtigen Prioritäten setzen. Selbstverständlich ist unser gemeinsames Ziel, bei allen Kalamitäten, die der Berliner Landeshaushalt auch in den nächsten Jahren haben wird – wer glaubt, dass sich diese Problematik in kurzer Zeit irgendwie auflöst, der irrt wahrscheinlich; ich würde mir auch wünschen, es wäre anders –, die richtigen Prioritäten zu setzen, die Plätze, die da sind, so auszustatten beziehungsweise die Rahmenbedingungen in den Hochschulen, soweit wir sie beeinflussen können, so zu setzen, dass die Herausforderungen auch der Vereinbarkeit von Jobben und Studium oder auch anderen Verpflichtungen bestmöglich abgedeckt werden.

Wir sind auf diesem Pfad. Wir sind in dieser Diskussion. Wir haben diese Perspektivkommission, wir haben unsere Struktur- und Entwicklungsplan-Debatten und haben diese Themen im Blick. Ich gehe davon aus, dass wir unter Wahrung der Hochschulautonomie das weiterhin tatsächlich als zentrale Aufgabe sehen.

Zur Frage der Prüfungen: Ich habe bislang keinerlei Anzeichen dafür, dass an der TU Berlin irgendwelche Prüfungen nicht angeboten werden können und dadurch Verzögerungen im Studienverlauf entstehen, die sich dann negativ auswirken, gerade bei BAföG-Empfängenden. Ich halte es allerdings auch für rechtlich äußerst schwierig, diesen Ursache-Wirkungs-Zusammenhang in Bezug auf bauliche Verhältnisse an der TU Berlin herzustellen. Es sei denn, wir sehen, dass irgendwelche Prüfungen oder irgendwelche notwendigen Angebote, um den Studienverlauf im Rahmen der Regelstudienzeit, die dann BAföG-relevant ist, zu garantieren, wirklich gestrichen würden. Also: Wir haben bislang keine Anzeichen, dass Prüfungen nicht stattfinden werden und dadurch diese Probleme entstehen. Ob man dann rechtlich da was tun könnte, können wir gerne prüfen. Ich halte es aber für sehr schwierig. Die Hochschulen müssen andere Wege finden, die Studienverläufe und Prüfungen zu garantieren. Wir gehen da gerne weiter in die Debatte.

Vorsitzende Franziska Brychey: Vielen Dank! – Jetzt kommen wir zur Antwortrunde, und ich würde wieder in der gleichen Reihenfolge vorgehen. – Dann hätte Emily Adler als Erste das Wort.

Emily Adler (Referent*innenrat HU Berlin): Vielen Dank erst einmal für die zahlreichen Fragen! Ich würde ganz gerne mit den Fragen zu den Beratungen und dem Beratungsbedarf anfangen. Die Dimensionen, die die Kürzungen auf die Beratung haben werden, sind nicht genau abschätzbar. Wir gehen aber davon aus, dass die Studierendenschaften die Lücken fül-

len werden, die vorerst in den Hochschulen entstehen. Das heißt, dass wir die Arbeitsbelastung auf uns nehmen, die Studierendenschaften da abzufangen. Letztendlich ist das aber natürlich ein Unterschied zwischen, wir unterstützen die Hochschulen bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben, und wir übernehmen die Aufgaben der Hochschule. Das sind zwei unterschiedliche Paar Schuhe aus meiner Perspektive. Da muss auf jeden Fall sichergestellt werden, dass der Beratungsbedarf ausreichend unterstützt wird, sodass die Beratungen in den Hochschulen auch stattfinden können und nicht einfach aus den Universitäten und dem Korpus der Universitäten verschwinden.

Was machen die Kürzungen inhaltlich mit den Beratungen? – Vor allem in der Hochschulberatung nehmen wir auf jeden Fall vermehrt wahr, dass wir Aufgaben der Studienfachberatung übernehmen, einfache Nachfragen zur Studiengangsplanung beantworten. Das sind dann Beratungen, bei denen eine gewisse Art von Betreuung, aber auch ein gewisses Fachwissen und eine gewisse Fachexpertise nötig sind, die wir als allgemeine Hochschulberatung der Studierendenschaften teilweise nur schwer leisten können.

Auch noch einmal inhaltlich zu den externen Situationen: Die Mietsituation, die finanzielle Situation von Studierenden, die hier jetzt gerade so außerhalb der Hochschule geschoben wurde, prekariert natürlich das Leben der Studierenden an den Universitäten und muss aber dann auch innerhalb der Universitäten entsprechend aufgearbeitet werden. Wir können diese externen Situationen nicht einfach auf außerhalb der Universität verlagern.

Dann möchte ich zu den Studienabbrüchen kurz Stellung beziehen. Wir vermuten, dass es vorwiegend vor allem zwischen Bachelor und Master zu Abgängen kommen wird. Das liegt zumeist daran – und das nehmen wir auch jetzt schon von Studierenden wahr –, dass spezifische Bereiche in den Fächerkulturen wegbrechen sollen, wie zum Beispiel Architektur in der Kunstgeschichte. Das sind dann Bereiche, wo darüber gesprochen wird, für den Master in eine andere Universität zu wechseln, die den Schwerpunkt weiterhin hat, und dann dort den Master zu belegen. Das ist natürlich sehr schade, weil wir diese Studierenden an unserer Universität eigentlich sehr wertschätzen und die auch tolle Abschlussarbeiten schreiben.

Im Studium wird es aber natürlich auch eine zunehmende Zahl an Abbrüchen geben, vor allem dadurch, wie ich auch vorhin schon skizziert habe, dass die Beratungsangebote wegfallen, dass die Studierenden sich nicht ausreichend abgeholt fühlen mit den Lehrveranstaltungen, auch mit der Lehrqualität, dass da nicht ausreichend Innovationen stattfinden und diese teilweise sogar schon veralteten formalen Formate der Vorlesungen für Frustrationen sorgen und somit uns einfach andere Universitäten überholen werden.

Dann der große Frageblock von Frau Neugebauer zur Qualität: Die Qualität der Lehre wird vor allem auch dadurch sinken, dass die Betreuungslast sich erhöht und dadurch Studierende natürlich weniger Kontakte zu den Lehrpersonen persönlich pflegen werden. Eine intensive Betreuung bei Abschlussarbeiten kann dann zum Beispiel nicht mehr stattfinden, sodass Lernrückstände, die in einer diversen Studierendenschaft schon auftreten können, nicht mehr abgefangen werden. Individuelle Lernbegleitung findet gar nicht mehr statt. Die Qualität der Lehre wird vor allem aber auch dadurch sinken – und darauf sind wir noch nicht zu sprechen gekommen –, dass Weiterbildungsangebote für Lehrende nicht mehr in dem Ausmaß zur Verfügung stehen werden, wie sie derzeit zur Verfügung stehen. Das betrifft dann auch Bereiche wie Gleichstellung und Sensibilisierung und wird sich dementsprechend auch auf die Studie-

rendenschaft und auf die Einseitigkeit der Lehre auswirken. Die Gefahr besteht, dass das dementsprechend passieren und zunehmen wird.

Natürlich gibt es die berechtigte Nachfrage nach Lehrangeboten wie zum Beispiel ein Tutorium, die in verschiedenen Zeitfenstern angeboten werden, sodass Studierende, die nebenbei erwerbstätig sind, oder Studierende, die Care-Verpflichtungen haben, die Lehrveranstaltungen besuchen können, wie es auch mit ihren privaten Verpflichtungen vereinbar ist. Das wird – das ist hoffentlich vorhin klar geworden – ganz klar erschwert. Daraus können wir auch schließen, an wem diese Kürzungen und die Auswirkungen der Kürzungen letztendlich hängen bleiben werden: Das sind die Studierenden, die Care-Verpflichtungen haben, die besondere Lebenssituationen haben, die finanzielle Existenzängste mit sich tragen. Das wird größtenteils auf diese Gruppe zurückfallen, die aber auch die Diversität der Hochschule eigentlich so bereichert und fördert.

Zu den Nachteilsausgleichen: Da wurde schon richtig angemerkt, dass die Raumengpässe und die personellen Ressourcen der Situation nicht unbedingt gerecht werden können. Das ist derzeit schon so, das wird in Zukunft noch deutlich schlimmer. Dazu möchte ich aber noch ergänzend anmerken, dass ein Nachteilsausgleich jedes Mal eine Ermessensentscheidung ist und insofern die Prüfungsausschussmitglieder oder die Lehrenden auch eine gewisse Art von Kompetenz mit sich tragen müssen. Diese wird durch Weiterbildungsangebote vermittelt, und wenn diese Weiterbildungsangebote aufgrund der Belastungssituation im Lehr- und Forschungsbetrieb nicht wahrgenommen werden können oder weil sie wegen fehlender finanzieller Ressourcen der Universität nicht angeboten werden können, dann wird das vor allem auch auf die Studierenden, die Nachteilsausgleich beantragen, Auswirkungen haben.

Bei den Studienverzögerungen sehe ich keine große Lösung. Wir erwarten, dass die Universitäten sicherstellen, dass, wenn der Studienverlauf so ist, wie ihn die Studien- und Prüfungsordnung vorsieht, er ohne Probleme verläuft, die Studierenden auch in der Regelstudienzeit fertigstudieren können. Die Frage wäre aber: Was passiert, wenn Probleme auftreten, wenn die Anmeldung zur Prüfung schiefgeht und das Prüfungsbüro sich nicht zurückmeldet, weil das Prüfungsbüro gerade im Urlaub ist, oder weil die Prüfungsbüromitarbeitenden gerade mit wichtigeren Themen beschäftigt sind, oder die E-Mail durchrutscht? Das sind dann alles Konsequenzen, die aus dieser personellen Belastungssituation entspringen und letztendlich auch zu Studienverzögerungen führen, die sich erst einmal nicht so einfach abbilden lassen.

Zum Teilzeitstudium: Das ist eine eher weniger verbreitete Studienform. Wir beraten dazu auch relativ regelmäßig, dass ein Teilzeitstudium zwar möglich ist, allerdings kommen selbst in einem Teilzeitstudium erneut Hürden auf die Studierenden zu, weil die Vereinbarkeit von einem Studiengangsplan, der eigentlich für Studierende gedacht ist, die in Vollzeit studieren, sich nicht so einfach auf Studierende anwenden lässt, die gerne im Teilzeitstudium studieren möchten. Dadurch kommt dann noch mal eine erhöhte Organisationslast auf die Studierenden zu, die gerne Teilzeit studieren möchten. Insofern ist das auch nicht einfach damit getan, dass man den Studierenden dazu rät, doch in Teilzeit zu studieren, sondern da kommt dann auch noch mal ein Rattenschwanz dazu. – Erst mal so weit! Auf jeden Fall vielen Dank für die Fragen!

Vorsitzende Franziska Brychey: Frau Dr. Baum ist an der Reihe!

Dr. Constanze Baum (LAMB): Vielen Dank, dass wir noch einmal die Gelegenheit haben, zu versuchen, auf diesen riesigen Fragenkatalog einzugehen! Ich finde, dass die Debatte auch in Ihren Reihen zeigt, wie alles mit allem zusammenhängt und wie uns das, was ich vorhin als Kettenreaktion oder Erosionsbewegung beschrieben habe, die nächsten Jahre verfolgen und beschäftigen wird.

Mir ist noch mal wichtig: Den Studierenden und uns geht es natürlich auch um gute Arbeitsbedingungen, eine Verlässlichkeit und um Planbarkeit. So wie wir das auch für den akademischen Mittelbau für unsere Karrieren fordern, so fordern wir das natürlich auch für die Studierenden. Wir haben auch ein Versprechen abgegeben: Wenn Sie nach Berlin kommen und einen Studienplatz annehmen, dann können wir das sowohl auf fachlicher als auch auf sozialer Ebene leisten. Das kann nicht sein, dass wir hier die besten Köpfe von morgen vor solche Situationen stellen: gesperrte Gebäude, keine Beratungsangebote, unflexible Studienpläne et cetera. Man muss kämpfen, um einen Seminarplatz in einem wichtigen Pflichtseminar zu bekommen. All das sind Dinge, die jetzt schon nicht einfach sind und die sich verschärfen werden.

Zur Lehrkräftebildung und den Sonderprogrammen, die jetzt integriert worden sind: Ich stimme der Senatorin zu, dass diese jetzt verstetigt worden sind und uns da ein bisschen entlasten. Ich muss aber auch aus der Praxis meines eigenen Fachs – mein Fach ist Teil der Lehrkräftebildung in der Fachrichtung Deutsch, deutsche Literatur – sagen, dass wir trotzdem nicht von den Kürzungen ausgenommen worden sind. Wir müssen auch unseren Beitrag leisten. Er wird dann eben nicht in den Stellenformaten liegen, die durch die Sonderprogramme da sind, aber wir werden an anderen Stellen einfach Teil von Stellensperren sein, die zum Beispiel an der HU Berlin jetzt gerade im Bereich des befristeten Mittelbaus einschlagen. Das heißt: Jede freiwerdende Stelle ist erst einmal mindestens sechs Monate gesperrt, und damit reißen überall Löcher in die Lehrpläne, in die Zusammenhänge unserer Arbeit.

Die Tutorinnen und Tutoren mal als Beispiel, damit Sie vielleicht eine Kontur gewinnen: Wir bilden Deutschlehrerinnen und Deutschlehrer in allen Stufen an unserem Institut aus. Momentan haben wir einen Tutor für 500 Studienanfängerinnen und -anfänger. Vorher waren es vier, jetzt ist das durch die Kürzung eine Person. Was bedeutet das für diese Person und was muten wir dieser Person zu, wenn so viele Studienanfängerinnen und -anfänger das Angebot auch annehmen wollen? Wir müssen immer noch mitbedenken, wer das auffängt. Das bedeutet aber auch, dass wir, die Kollegen und Kolleginnen, die sich bereit erklären, in der Pflichtlehre Studienanfängerinnen und -anfänger zu betreuen, alle diese Kompetenzen in ihre sowieso schon sehr kompakten und sehr herausfordernden Lehrveranstaltungen in den ersten Semestern mitnehmen müssen, wo alle Fragen, die mitunter unterstützend durch Tutorinnen und Tutoren begleitet werden können, jetzt vermehrt aufschlagen und aufgefangen werden müssen, damit wir diese Studierenden nicht in den ersten Semestern verlieren – wo wir, glaube ich, sehr viele Studierende verlieren. Wir verlieren sie aber auch nicht nur am Übergang vom Bachelor zum Master, sondern meines Erachtens auch immer kurz vor den Abschlussarbeiten, was auch ganz massiv verhindert werden müsste.

Wir haben keine Instrumente und Mittel, die wir jetzt noch in diesen knappen Ressourcen haben, um gerade in der Studienendphase noch mal zu unterstützen. Wenn ich als Studienfachberaterin eine Infoveranstaltung für Abschlussarbeiten an meinem Institut anbiete, wie ich es gerade vor drei Wochen gemacht habe, dann kommen da hundert Leute, hundert Studierende wollen eine Beratung, nur für einen einzigen Termin im Jahr, den wir anbieten können. Dann sehen Sie ja, was es da eigentlich für Bedarfe gibt. Und natürlich können wir in zwei Stunden auch nicht annähernd erreichen, dass die Studierenden adäquat beraten werden. Die sind auf der Suche nach Prüferinnen und Prüfern, Pipapo, alles, was wir jetzt schon gehört haben.

Und wenn dann jetzt eben das Stichwort erratisches Sparen hinzukommt: Das ist ja nicht vorbei, das erratische Sparen, das hat gerade erst begonnen. Ich habe von einer Kollegin von der UdK im Forum Gute Arbeit gehört, dass massiv Mittelbaustellen an der UdK eingespart worden sind. Das wird ja jetzt erst im folgenden Semester spürbar werden, was das dann bedeutet für die Studierfähigkeit. Man kann nicht alles durch Lehraufträge auffangen. Wer fädelt denn die Lehraufträge ein? Wer sorgt denn dafür, dass die Kolleginnen und Kollegen von außen, die für ein, zwei Semester angeheuert werden, gut ins System kommen, dass die adäquat die Studierenden unterrichten? Wer sorgt denn dafür? Das sind ja alles Dinge, die in das System noch mal wieder als Auflasten reinkommen.

Was mich auch besorgt hat, war die Aussage der Kanzlerin der UdK, dass jetzt Studienordnungen umgeschrieben werden in Hinblick darauf: weil man weniger Stellen hat, erhöht man die Anteile des Selbststudiums. Das ist für mich nicht Qualitätssicherung von Studium und Lehre. Es mag natürlich sein, dass das Selbststudium und vor allem das betreute Selbststudium eine gute und auch moderne und zukunftssträchtige Lernform ist, aber doch nicht auf Grundlage der Tatsache, dass man keine Stellen zur Verfügung hat! Wir sehen uns doch schon in der Verantwortung, was ich vorhin gesagt habe, dass wir ein Versprechen zur Ausbildung gegeben haben, und hier, finde ich, müssen wir sehr stark aufpassen, dass wir nicht in eine Abwärtsspirale geraten, die man vielleicht gar nicht so sehr und so schnell wahrnimmt, so wie Frau Neuhaus das ja auch gesagt hat. Das sind alles schleichende Prozesse.

Wenn Sie sagen, Sie haben keine Anzeichen dafür, dass Prüfungen an der TU nicht abgelegt werden können, dann mag das bestimmt stimmen, aber es sind eben auch die Studierenden, die verschwinden, die nicht skandalisieren, die dann einfach sagen: Oh, dann muss ich es verschieben, dann mache ich es nächstes Semester. – Oh, jetzt sind schon zwei Semester vorbei. Jetzt schaffe ich den Anschluss nicht mehr, ich strauchele, ich kriege das nicht koordiniert. Ich habe diese ganzen Sozialverpflichtungen, aber ich kriege noch nicht mal meine fachlichen Anforderungen koordiniert. Das ist ein anderes Gebäude. Ich kämpfe sowieso mit Prüfungsangst. Ich gehe da nicht hin –, et cetera et cetera.

Das sind ja Dinge, die können wir ganz schwer empirisch greifen, aber wir sehen die in den Beratungen tagtäglich. Das Stichwort Beratungsangebote fiel ja jetzt auch schon. Ich mache Studienfachberatung, das bedeutet aber auch für mich, dass diese ganzen Sachen, die Sie ja schon geahnt haben, nämlich immer multiplere und komplexere Beratungen, auch in den Fachberatungen aufschlagen. Ich bin keine ausgebildete psychologische Beratung. Ich kann mütterliche Tipps geben, aber zunehmend haben wir nicht die Frage: Wie kann ich Ihren Studienverlauf gut planen? –, sondern dann kommen sofort herausgeschwemmt all diese Fragen, die hier heute auch schon auf dem Tisch lagen. Was mir dort alles erzählt wird, bleibt in dem

Raum, aber ich will Ihnen das nur auch hier noch mal plastisch machen. Insofern: Das ist ja nur die Spitze des Eisbergs derjenigen, die sich bei uns melden. Wir wissen auch aus Gesprächen, die wir mal nach dem Seminar haben, dass die Dunkelziffer hier noch viel höher ist.

Dann wurde nach den Promotionen gefragt. Das würde ich auch unterstreichen: Das ist schwer zu greifen. Wir haben natürlich eine Vielzahl an strukturierten Promotionsprogrammen, nicht nur an den Fachhochschulen, die erst mal, sagen wir, dazu aufrufen, eine Promotion anzustreben. Aber wer eine Promotion anstrebt, der schaut auch nach Vorbildern, und der schaut sich das Wissenschaftssystem hoffentlich gut an und fragt, und diese Fragen sind nicht nur fachlicher Natur. Auch hier, muss ich sagen, höre ich immer wieder, gerade von den Studierenden, die zum Beispiel für ihre Abschlussarbeiten mit Preisen ausgezeichnet werden, dass sie sich einen Fortbestand in der wissenschaftlichen Karriere nicht vorstellen können. Leute, die von der Studienstiftung gefördert werden, die mir sagen: Eine Promotion und ein Verweilen im Wissenschaftsbetrieb kommt für mich doch nicht infrage! – Das ist mir schon mehrfach begegnet und hat mich auch sehr erstaunt, aber das sind auch Tatsachen, denen sich das Wissenschaftssystem stellen muss, wenn es sich so in eine Abwärtsspirale bewegt.

Ich habe auch keine Lösung, wie das aufzufangen ist. Natürlich versuchen wir aus den Fakultäten heraus, unsere Leute zu stützen und zu ermutigen, aber ich finde, das, was bei den Studierenden schon aufschlägt, dass wir sagen, es können sich nur noch die Privilegierten das Studium leisten, sehen wir natürlich auch in den weiteren Karrierephasen: dass diejenigen, die aus sozial schwierigen Verhältnissen kommen, sich durch das Studium durchgeschlagen haben, dann an der Stelle sagen: Diesen Weg kann und will ich nicht mehr gehen –, und damit sind sozusagen die Professuren von morgen wieder nur von Privilegierten, quasi dynastisch, wenn Sie so wollen, besetzt.

Zum Thema Räume für Studierende will ich auch noch mal sagen: Auch die Universität muss Räume für Studierende in ausreichendem Maß anbieten. Das ist auch ein Riesenproblem. Es ist jetzt schon ein Problem, und in Zeiten der Kürzung und der Zusammenlegung von Räumen – wir rücken ja auch in den Büroräumen enger zusammen – fallen dann Fachschaftsräume weg oder können nicht adäquat angeboten werden. Aber auch Räume der Begegnung, Arbeitsräume, in denen Studierende einfach mal die Möglichkeit haben, in ihrer Referats- oder Thesengruppe zu diskutieren, sich vorzubereiten oder mal eine Onlineveranstaltung in Ruhe durchführen zu können – auch das ist hier im Berliner Raum, würde ich sagen, schwer zu finden. Man muss ganz schön suchen, um diese Räume zu finden, und sie werden, glaube ich, eher noch schrumpfen.

Ich glaube, das war jetzt so ungefähr das, was ich sagen wollte. Ich habe bestimmt etwas vergessen, aber hier sind ja noch ein paar Leute, die einspringen können. – Vielen Dank!

Vorsitzende Franziska Brychcy: Vielen Dank! – Frau Dr. Neuhaus!

Dr. Julia Neuhaus (LKR): Vielen Dank! – Ich werde nicht alles aufgreifen, weil meine Vorrednerinnen ja auch schon viel beantwortet haben. Ich würde nur gerne eine Sache grundsätzlicher Natur noch mal sagen: Bei all den Diskussionen, die wir führen, ist, glaube ich, wichtig zu unterscheiden, zum einen: Was ist die Zeitschiene? –, sprich: Was haben wir mittelfristig, wo wir jetzt durch das Tal durchmüssen aufgrund der einmaligen strukturellen Haushaltskürzung, um das System kleiner zu machen, und was haben wir dauerhaft? – Ich

glaube, das ist total wichtig. Ich habe vorhin das Wort Generationengerechtigkeit gesagt. Unser Ziel ist es, qualitätsgesicherte Studiengänge über die ganz lange Frist anbieten zu können, und dafür müssen wir kurz- und mittelfristig durch ein Tal der Tränen, möchte ich sagen. Das ist der eine Punkt, den ich wichtig finde in der Diskussion.

Der zweite Punkt ist, dass wir, glaube ich, unterscheiden sollten zwischen: Was sind generell die Herausforderungen eines Studiums, die vielleicht noch verstärkt werden durch Reduzierung des Beratungsangebots, und was ist jetzt direkt kausal verursacht durch die Haushaltskürzungen? – Ich glaube, auch hier haben wir ein paar Unterschiede. Ein Studium war schon immer mit gewissen Herausforderungen verbunden, und dann konnten wir quasi ein Netz und einen doppelten Boden machen für diejenigen, die Unterstützung brauchten. Dieses Netz und dieser doppelte Boden wird sicherlich ein bisschen geringer, aber die Herausforderungen sind nicht unbedingt dadurch, dass wir jetzt Haushaltskürzungen haben, alle so gekommen. Das ist, glaube ich, wichtig.

Was für mich ein ganz entscheidender Punkt ist, der auch die Entscheidung des Berliner Senats eigentlich so schlimm macht, ist die Frage der Wertschätzung von Wissenschaft. In meinen ganz frühen Jahren nach meiner Promotion war ich mal Geschäftsleiterin einer privaten Hochschule, und wenn ich dann dafür geworben habe, das Studium an dieser privaten Hochschule aufzunehmen, dann habe ich immer gesagt: Wenn ihr eine Antwort braucht, dann kommt ihr nach Berlin, denn in Berlin findet ihr für jede Frage eine Antwort; irgendeine Person kann eine Antwort geben. – Und ich glaube, das ist das, was an dieser Stelle mit dieser politischen Entscheidung verloren geht, dieses System: In Berlin finde ich einfach jede Wissenschaftsfrage beantwortet. – Darauf sind wir doch alle unglaublich stolz, und das ist es, was wir irgendwie erhalten müssen. Das ist, glaube ich, die große Herausforderung, an der wir jetzt sind.

Jetzt würde ich kurz noch mal zu den konkreten Fragen gehen. Als Allererstes: Herr Schulze, Sie haben nach dem Umgang mit den Stellen gefragt. Die Unis – das hatte die Senatorin ja schon auf Ihre Frage in der Aktuellen Viertelstunde gesagt – sind noch gar nicht so weit, dass sie das ausdifferenziert haben, was sie genau streichen und wo sie sind. Bei uns geht das ein bisschen schneller, weil wir einfach mit diesen Zügen leichter, sage ich mal, die Kausalität auch abbilden können. Ich weiß, dass die Universitäten darüber diskutieren, welche Lehrstühle an welcher Stelle noch wiederbesetzt sind und erhalten bleiben und so weiter. Das ist mein Stand; die sind nicht final, die sind nicht fertig, aber sie sind in den Diskussionen. Das heißt, natürlich wird es irgendwie dazu führen, dass ganze Lehrstühle mit den Professorinnen und Professoren, aber eben auch den Mitarbeitenden dann abgebaut werden.

Bei uns HAWs ist es so: Ich habe das große Glück, beziehungsweise meine HAW hat vielleicht das Pech gehabt – ich habe Strukturgespräche eingeführt, seitdem ich Präsidentin bin, also ganz unabhängig von den Haushaltskürzungen, und habe gesagt, unterausgelastete Studiengänge muss ich nicht mit Personal voll ausstatten. Das heißt, ich habe quasi schon über eine längere Zeit die Stellen nicht immer eins zu eins zugewiesen, wenn es die Auslastung nicht hergab. Man kann da nicht dichotom vorgehen, also man kann nicht sagen: Wir gehen jetzt auf die Ist-Zahl an Studierenden –, denn natürlich, ob ich jetzt 20 oder 40 Leute im Raum sitzen habe, die Vorlesung muss ich trotzdem machen, aber wir sind nicht mehr auf die vollen Stellen gegangen. Das erleichtert es mir natürlich jetzt ein bisschen, weil ich schon längerfristiger, sage ich mal, nicht zugewiesen habe. Nichtsdestotrotz haben wir allein an der BHT

33 Professuren, die wir so nicht mehr insgesamt besetzen können, in der Planlogik, wie wir es früher gemacht haben.

Was die Mitarbeitenden angeht, so haben wir gesagt: Okay, wenn wir 14 Prozent reduzieren, dann reduzieren wir auch die MTSV, die bei uns die Labore betreuen. Das machen wir nicht eins zu eins mit 14 Prozent, sondern ein bisschen abgemilderter, aber es findet einfach jedes Semester ein Strukturgespräch statt, wie gesagt, seitdem ich im Amt bin, bei dem wir quasi immer schauen: Wie ist der Stand? Wer geht gerade, wer geht in Pension? Wo brauchen wir es unbedingt, und wie können wir umverteilen? – Jetzt ist hinzugekommen, durch die Haushaltskürzungen, dass wir sagen: Okay, wie können die Fachbereiche sich zwischendrin unterstützen? –, also ganz konkret: Die Mathematik läuft bei uns nicht so richtig gut. Mathematik ist ja in jedem Studiengang drin, das heißt, wenn wir Studienplätze abbauen, selbst wenn es nicht das Studienfach Mathe ist, dann sind die Serviceleistungen der Mathematik nicht da. Mathematiker können aber auch supergut in der Informatik helfen. Informatik läuft supergut, ist überausgelastet, und insofern werden diese Wechselwirkungen eben betrachtet und diskutiert: Wie kann man sich an der Stelle gegenseitig unterstützen?

Das heißt, wir versuchen hier ganz individuell, Lösungen zu finden. Das funktioniert natürlich nur an den Stellen, wo es von den Kompetenzen her funktioniert. Das funktioniert nicht überall, und manchmal muss man dann eben auch, sage ich mal, alternative Wege finden, um zu schauen, wie man diese Über- oder Unterauslastung irgendwie bewerkstelligt. Wir haben momentan eben noch Rücklagen, die ein bisschen was abfedern. Die Senatorin hat gesagt, es wurden im Jahr 2025 weniger Rücklagen in Anspruch genommen, als es erwartet wurde. Dazu muss ich sagen: Das habe ich genau so in dieser Weise erwartet, dass es diese Überraschung hervorruft. Ganz einfach: Durch die pauschale Minderausgabe hatten wir Kontensperre, über Monate, und insofern konnten wir gar nicht das Geld ausschöpfen. Ich kann sagen, an der BHT haben wir Wartungen nicht durchgeführt, die hätten dringend gemacht werden müssen. Die wurden dann zum Ende des Jahres, als wir mehr Planbarkeit hatten, angestoßen, aber dann war das Jahr natürlich auch schon fast um. Insofern, glaube ich, ist das für das Jahr 2025 logisch, aber wir werden das in den Folgejahren sehen.

Ob es tatsächlich zu mehr Studienabbrüchen kommt, ist eine Mutmaßung. Man kann natürlich sagen: Wenn die grundsätzlichen Rahmenbedingungen schwieriger werden – das ist dieses Netz, dieser doppelte Boden –, natürlich führt es dann zu einer größeren Hürde, das Studium abzuschließen; das Thema, Module werden nur einmal im Jahr statt zweimal im Jahr angeboten. Das führt natürlich zu einer besonderen Herausforderung für die Studierenden. Wir müssen aufpassen, dass wir das individuell betreuen und irgendwie versuchen, das aufzufangen. Dann bin ich jetzt bei dem, was ich eingangs sagte, in der mittleren Frist. Das ist diese Übergangszeit, wo wir irgendwie durchkommen müssen, aber das hat nichts damit zu tun, dass das langfristig so ist. Wenn wir über diese schreckliche Veränderungsphase hinweg sind, dann gehe ich davon aus, dass wir die Studienplätze, die wir erhalten, dann eben auch in der entsprechenden qualitätsgesicherten Form erhalten, nur: Da müssen wir erst mal wieder hinkommen. Wir sichern weiter unser grundständiges Studium, das ist unser Plan, das ist unser gesellschaftlicher Auftrag, nur – und dann bin ich wieder da – weniger flexibel und weniger speziell. Das ist das, was wir tun.

Der wissenschaftliche Mittelbau ist natürlich an den Universitäten viel größer als bei uns an den HAWs, aber ist natürlich die flexible Komponente, wo wir Einfluss nehmen können. Wir

sind sehr stolz auf unser Promotionsrecht, allerdings hat natürlich diese Haushaltskürzung durchaus einen dämpfenden Faktor an der Stelle. Wir haben bisher ja schon sehr viele Promotionsstudierende, die in kooperierenden Promotionen bei uns promovieren, und wir reduzieren auch an der BHT deutlich die Qualifizierungsstellen, die wir haben. Das finden wir nicht gut, aber auch an der Stelle hoffe ich, dass das nur in der mittleren Frist notwendig ist und dass wir das dann im Nachhinein wieder aufstocken können auf das Bewährte. Auch die ASH, weiß ich, hat den wissenschaftlichen Mittelbau massiv reduziert.

Das ist das Abschließende, was ich noch sagen wollte: Momentan haben wir eine Reduktion in der Studienqualität, indem wir gesagt haben, wir streichen Tutorien aufgrund der pauschalen Minderausgabe. Ich gehe davon aus, dass wir es durch die Planbarkeit, die wir jetzt haben, schaffen, auch in dieser mittelfristigen Veränderungsphase, die Studienqualität, so weit es eben geht, aufrechtzuerhalten, aber einfach auch durch ganz viel Eigenleistung unseres Lehrpersonals – das dürfen wir an der Stelle nicht vergessen –, das einfach versucht, ganz viel selber zu kompensieren. – Danke!

Vorsitzende Franziska Brychcy: Vielen Dank! – Frau Rohde ist an der Reihe.

Maria Rohde (studierendenWERK BERLIN): Ich beantworte mal die Fragen, die ich beantworten kann; viele betreffen mich nicht so. Die einfachste Frage, die ich beantworten kann, kam von hier drüben, und zwar, welche Auswirkungen die TU-Schließungen haben; ob es, wenn es deswegen zu Studienverlängerungen kommt, eine Möglichkeit gibt, beim BAföG eine Verlängerung zu bekommen. – Ja, wenn die Hochschule das bestätigt, dass es die Auswirkungen gab, gibt es im BAföG-Recht eine Möglichkeit, auch eine Verlängerung zu beantragen, allerdings betrifft das ja nur einen Bruchteil der Studierenden, weil es ja nicht viele Studierende gibt, die BAföG bekommen. Von daher ist es, denke ich, für die Studierenden, die sich selber finanzieren müssen, bei denen die Eltern finanzieren müssen, sicherlich viel schlimmer, wenn es denn zur Verlängerung kommt.

Dann gab es die Frage, ob die Teilzeitoption bekannt ist. Wir beraten immer mehr zum Thema Teilzeit, eben auch gerade weil nebenher gearbeitet werden muss und weil vielleicht auch das Arbeitseinkommen nicht unbedingt ausreicht. Es ist auch so: Wenn Studierende ihre Jobs verlieren – und wir haben zunehmend Studierende, die so schnell auch gar keinen Job mehr finden. Jobs brechen weg, dann müssen sie mehrere Monate suchen, um einen neuen Job zu finden, aber sie haben ja nicht wie andere Arbeitnehmer die Möglichkeit, in unser soziales Auffangsystem zu kommen, nämlich Arbeitslosengeld I beziehungsweise Bürgergeld zu beantragen. Das gibt es alles nicht, und wenn schon die Haushaltsplanung an sich gerade mal so gedeckt werden kann, dann ist das natürlich für Studierende ganz besonders schlimm, wenn ihr Job wegbricht.

Wir haben die Situation, dass immer mehr Studierende, die von Obdachlosigkeit bedroht sind, zu uns in die Beratung kommen. Auch obdachlose Studierende kommen zu uns. Sie finden keine Wohnung mehr. Und da ist es so, was die Kürzung an den Hochschulen für Auswirkungen auch auf die Studierenden haben kann: Sie haben nicht mal einen Ort, wo man wenigstens in Ruhe lernen kann. Wenn die Räumlichkeiten auch gestrichen werden, es nicht mehr so viele Bibliotheksplätze gibt und so, dann haben diese Studierenden, die nicht mal ein Zuhause haben, oder weil sie noch weiterhin zu Hause bei den Eltern wohnen müssen, mit Geschwis-

tern und so weiter, die dort auch nicht in Ruhe lernen können, nicht mal die Möglichkeit, an anderen Orten in Ruhe zu lernen. Das, dachte ich, bringe ich noch mal an.

Welche Auswirkungen die Kürzungen bei uns auf die Beratung haben: Ich denke, das studierendenWERK hat in den letzten Jahren sehr gut gewirtschaftet bei der Beratung; jetzt speziell bei der Beratung Finanzierung & Soziales brauchte zum Glück keine Stelle gestrichen zu werden. Was wir sehr wohl geschaut haben: Wo können wir doch ein bisschen unser Angebot verändern? – Wir haben den Zuschuss zum Studienabschluss gestrichen, damit wir mehr Kapazitäten für die Beratung haben. Dieser Zuschuss war eben nur für 100 Studierende in einem Jahr; ein Gewinn, aber es steckte sehr viel Arbeit dahinter, und diese Arbeitskapazität haben wir eben einfach umgelagert, um auch Kapazitäten für anderen Projekte zu haben und mehr in die Beratung und die Prävention, auch die präventive Beratung zu gehen.

Was ich denke, was wichtig wäre: Das BAföG kann Berlin nicht beeinflussen, aber was Berlin vielleicht schon beeinflussen kann – was auch Sie angesprochen haben, Frau Senatorin –, das sind die Mieten, die Mietwohnungen, der Wohnraum für Studierende. Wir haben im studierendenWERK auch Wohnheime, aber es sind gerade mal 9 100 irgendwas Wohnheimplätze. Angesichts von 200 000 Studierenden ist das natürlich ein Klacks; also dass man hier noch irgendwas macht, auch sicherer Wohnraum, also nicht so etwas – – Ich habe oft Studierende, die müssen ganz schnell wieder raus aus ihrer Wohnung, weil sie nur ein befristetes Zimmer haben, dann müssen sie in das nächste und das nächste, wo sie sich vielleicht nicht mal anmelden können. Diese Sachen, diese Schleife, das muss – – Und auch wenn sie dann in dieser Wohnform wohnen und vielleicht Wohngeld beantragen könnten, können sie aber kein Wohngeld beantragen, denn sie sind ja nicht offiziell in diesem Zimmer gemeldet. Das ist so das Nächste. Es wäre schön, wenn daran gearbeitet werden könnte, und natürlich, wenn die Hochschule besser ausgestattet ist und Studierende dort vielleicht nicht so viele eigene Kosten haben, um etwas anzuschaffen, Bücher anzuschaffen, irgendwelche Lehrmaterialien. Wenn das an der Hochschule da wäre, das würde Studierende natürlich auch entlasten, wenn man nicht beim BAföG schrauben kann. – Okay, danke schön!

Vorsitzende Franziska Brychcy: Vielen Dank! – Und Frau Wilde!

Lisa Wilde (StudentInnenparlament HU Berlin): Es wurde schon sehr viel Richtiges von meinen Vorrednerinnen gesagt. Ich möchte auch noch mal sagen, vor allem bezüglich der Beratungsangebote: Die einzigen Beratungsangebote, die den Studierenden wirklich helfen, sind genau die, die jetzt gerade existieren, vor allem im psychischen Bereich oder bei der psychischen Beratung, einfach vor dem Hintergrund, dass es außerhalb dieser Angebote keinerlei Möglichkeit gibt, beispielsweise einen Therapieplatz zu bekommen, weil die meisten Studierenden gesetzlich krankenversichert sind und es vor – ich schätze jetzt mal – in gut drei bis vier Jahren höchst unwahrscheinlich ist, dass sie einen Therapieplatz bekommen, um sich vor allem im Umgang mit Stress, aber auch mit Depressionen beraten und helfen zu lassen. Dementsprechend: Wenn wir die paar Angebote, welche speziell für Studierende sind, auch noch streichen, dann gibt es gar keine mehr, an die sich noch gewendet werden kann.

Ich würde jetzt mal kurz eine andere Frage vorziehen, und zwar die der politischen Ideologisierung mit den Israel-Boykotten und dem Konformationszwang, die aufgeworfen wurde. Ich glaube, dass hier sehr stark unterschieden werden muss zwischen den Studierenden, die an der Hochschule politisch aktiv sind, und denen, die es nicht sind, denn auch hier ist es so: Die

Realität sieht eben so aus, dass die meisten sich eher nicht mit der studentischen Selbstverwaltung auseinandersetzen oder Teil davon sind. Wir sehen ja auch, dass die jeweiligen Wahlbeteiligungen bei maximal 8 Prozent liegen oder vielleicht noch an den etwas kleineren Hochschulen mal in einen sehr kleinen zweistelligen Bereich kommen. Dementsprechend ist es auch so, dass sehr stark hinterfragt werden kann, inwiefern Personen, welche mit so wenigen Stimmen in den Posten gekommen sind, was auch für StuPa und alle anderen gilt, auch wirklich abbilden – inwiefern das für die gesamte Hochschule und für alle Studierenden überhaupt Aussagekraft hat. Klar ist allerdings, dass diejenigen, die sich sehr engagieren, oftmals wirklich, vor allem, was Beratung oder auch Kindergartenbereitstellung betrifft, einen sehr guten Job machen und hier auch noch mal für Entlastung sorgen.

Was sehr stark auffällt, ist, dass in Protokollen aufgelistet immer gefragt wird, seitdem es aufkam mit dem 7. Oktober: Wie steht die jeweilige Initiative zu akademischen Boykotten? –, doch auch hier ist es wieder so, dass innerhalb dieser Blase, aus meiner Wahrnehmung jetzt, das ein sehr großes Thema ist, während es allerdings den Großteil der Studierenden persönlich gar nicht betrifft, sie sich auch damit nicht unbedingt auseinandersetzen und sich eher freuen, mit dem Thema nichts zu tun zu haben, oder auch die Camps ignorieren oder sich einfach nur fragen, warum sie jetzt gerade nicht in den Saal kommen, weil gerade wieder das Institut besetzt worden ist; also auch da wieder der Konformationszwang – falls er überhaupt existiert, dann ist er nicht ausschlaggebend für die gesamte Studierendenschaft. Allerdings ist es doch so, dass wir uns da mit den Statements, die man auch alle sehen kann, schon eher mit einer Auseinandersetzung – aber es ist definitiv nicht für die gesamten Studierenden jetzt insofern wirklich relevant, dass sie sich damit beschäftigen würden oder Ähnliches. Die meisten sind froh, wenn sie einfach nur ihr Studium jeweils auf die Reihe bekommen.

Und auch hier ist es eben so, zum Begriff des Teilzeitstudiums: Prinzipiell ist es auch so: Inwiefern ist überhaupt ein Teilzeitstudium sinnvoll? –, denn je nach Studiengang kann man auch sagen, dass das einfach keinen Sinn macht, vor allem in den Studiengängen, welche mit dem Staatsexamen verbunden sind, da hier allein schon die Zeit, die man studiert, zu lang ist, sodass eine Streckung des Studiums für viele, um aus diesen prekären studentischen Verhältnissen herauszukommen, einfach keinen Sinn macht.

Und auch hier fällt mir wieder auf, dass, obwohl die Studierenden ganz offensichtlich als zumindest armutsgefährdete Gruppe aufgelistet sind, auch wenn wir jetzt noch mal zum BAföG kommen, an ihnen immer zuerst gespart wird. Ich verstehe absolut, dass es immer eine Abwägungsfrage ist, wo jetzt genau investiert wird, welche Angebote zuerst eingespart werden müssen, nur ist eben auch hier wieder problematisch: Es wird oftmals zuerst an den Studierenden gespart, oder die Lasten wie im Sozialbeitrag werden auf diese umverteilt, bevor überhaupt erst mal an anderen Stellen gespart wird. Dementsprechend: Warum spart man immer an den Ärmsten? Und auch hier wieder: Wenn bereits ein unterversorgtes System nicht ausreicht, um ein Studium wirklich nur von diesem Geld bezahlen zu können, dann ist es so: Wenn das nicht angehoben wird, dann gibt es irgendwann keinerlei Personen mehr, die ein Studium beginnen wollen, weil sie es sich einfach nicht leisten können, und wenn, dann erst recht nicht am Wissenschaftsstandort Berlin, weil hier eben die Mieten viel zu hoch sind.

Dann möchte ich auch aus der bürokratischen Sicht noch mal zu dem Punkt kommen: Inwiefern ist es so, dass das BAföG nicht gekürzt wird, wenn es aufgrund des eingeschränkten Angebots an der Universität zu unverschuldetem Studiumsverzug kam? – Dazu fällt mir sofort

ein, dass es allein schon eine unfassbare Schwierigkeit ist, sogar diese BAföG-Anträge auszufüllen. Ich habe auch schon von einigen Personen gehört, dass sie den Antrag, nachdem er irgendwie einen Monat geprüft wurde, noch mal erneut ausfüllen mussten, weil sie vergessen hatten, an einer Stelle einen Strich einzufügen, obwohl dort nichts hätte stehen müssen, weil beispielsweise keine Geschwister vorhanden waren, aber dadurch, dass da eben nicht dieser Strich drin war, wurde der gesamte Antrag abgelehnt und musste erneut ausgefüllt werden. Auch das gehört zur Realität.

Und wenn wir dann darüber reden: Wie müsste denn nachgewiesen werden, dass es einen unverschuldeten Studiumsverzug gibt? –, dann muss die Hochschule zwangsläufig irgendetwas nachweisen, was dann zu noch mehr Bürokratie und noch mehr Verzögerung führt. Wenn die Hochschulen eben wie jetzt schon überlastet sind und sich fragen, wie sie überhaupt die verwaltungstechnischen Aufgaben hinbekommen sollen, dann kann es nicht die Lösung sein, ihnen noch mehr Aufgaben aufzubürden, damit das BAföG nicht gekürzt wird, das sowieso schon nicht ausreicht. Auch hier gibt es sowieso Prüfprobleme bei den Prüfungen, allein schon aufgrund des sehr langen Wartezeitraums und der Tatsache, dass es teilweise sehr stark darauf ankommt, was für eine Person man in der Sachbearbeitung hat, ob man jetzt gerade auch sinnvolle Hinweise bekommt oder nicht. Und wenn man dann schon das BAföG benutzt, um mit einer Überschuldung ins Leben zu starten, dann will man doch wenigstens wissen, dass man auch wirklich das Studium damit absolvieren kann. – Danke!

Vorsitzende Franziska Brychey: Vielen Dank! – Dann haben wir noch eine Wortmeldung von Herrn Schulze und dann noch mal kurz den Senat, und dann kommen wir langsam zum Schluss mit diesem Tagesordnungspunkt. – Herr Schulze!

Tobias Schulze (LINKE): Ich will es auch nicht künstlich verlängern, aber ein paar Sachen doch noch mal ganz kurz geraderücken. Wir haben 16 Bundesländer. Sieben davon haben prozentual ihre Investitionen in Hochschulen erhöht, neun haben sie abgesenkt. Berlin hat in den letzten Jahren seinen Anteil am Landeshaushalt von 5,5 auf ungefähr 5,0 Prozent abgesenkt. Damit ist es auch bei den Stadtstaaten übrigens spitze bei den Absenkungen, prozentual zum Haushalt. Wir haben es 2025 im Hauptausschuss beantragt, diese Kürzungen zurückzunehmen, und hatten dafür auch eine Gegenfinanzierung, ohne bei sozialen Projekten und so weiter zu kürzen. Das kann man sich gern noch mal in den Hauptausschussunterlagen anschauen.

Zu Frau Brauner und auch zur Senatorin wollte ich zum BAföG noch sagen: Mit Dorothee Bär muss man, glaube ich, an der Stelle kein Mitgefühl haben, weil die Bundesregierung dieses Ministerium explizit in Bundesministerium für Forschung, Technologie und Raumfahrt umbenannt hat. Wir haben kein Bildungsministerium mehr, und das zeigt sich eben jetzt auch in den Prioritäten. Wir stecken also Milliarden in neue Hightech-Strategien und in Raumfahrt und nicht in das BAföG, sondern die Debatte um das BAföG reiht sich ein in die Debatte um Sozialkürzungen.

Es ist eine Frage der Prioritäten. Wenn Jens Spahn sagt: Wir können doch nicht beim Elterngeld und bei den Hilfen zur Erziehung und bei den Renten und sonst wo kürzen und beim BAföG nicht, das geht nicht, sondern beim BAföG muss dann auch gekürzt werden –, dann haben wir eine Debatte über Prioritäten. Das hat er so gesagt, wortwörtlich. Deswegen, glaube ich, sollten wir uns hier, gerade in diesem Ausschuss, auch über die Grundfragen unterhalten:

Was steht für uns eigentlich im Vordergrund? – Wir hatten vorhin die Fachkräftefrage. Wenn Sie mit den Wirtschaftsverbänden, mit der IHK in Berlin reden, dann sagen die ganz klar: Wir brauchen andere Prioritätensetzungen – das sagen die Wirtschaftsverbände, da müssten Sie eigentlich zuhören! –, diese Kürzungen sind verheerend. Ich sage auch: Jeder, der das möchte, kann sich nach dem 20. September daran beteiligen, diese Kürzungen zumindest ein Stück weit wieder zurückzunehmen und die Hochschulen wieder deutlich besser auszustatten.

Frau Czyborra hat gesagt, Wachstumspfad nicht mit Studienplätzen. Wir haben ja massenweise Studienplätze. Ich glaube, es geht eher darum, eine sinnvolle Struktur für die Zukunft zu bauen und die Hochschulen so auszustatten, dass sie auch in der Lage sind, diese Strukturveränderungen vorzunehmen, denn natürlich brauchen wir nicht massenweise leere Studienplätze, aber wir brauchen gute Studienplätze, und wir brauchen ausreichend Studienplätze für die, die bei uns studieren wollen, weil wir diese Menschen so dringend auch in unserer Stadt brauchen.

Vorsitzende Franziska Brychey: Danke! – Dann ist jetzt die Senatorin an der Reihe.

Senatorin Dr. Ina Czyborra (SenWGP): Vor allem, weil ich vergessen hatte, auf die Frage nach der 24-Stunden-Bibliothek zu antworten; das wird tatsächlich nach allen Informationen, die uns vorliegen, sehr gut angenommen von Studierenden. Eine Evaluation haben wir dann Ende des Jahres, aber es wird extrem gut angenommen. Es gibt tatsächlich Tausende von Studierenden, die dort auch nachts diese Angebote in Anspruch nehmen; nicht gleichzeitig immer Tausende, aber über das Jahr betrachtet. Damit hatten wir gar nicht unbedingt gerechnet, dass das so gut angenommen wird, aber wir werden es uns dann noch mal anschauen, auch, was dazu führt. Das können ja zum Beispiel auch Belastungen durch Arbeit am Tage sein, dass man dann nachts studiert, oder auch andere Wohn- oder Lebensumstände, die dazu führen, dass dann eben diese Nachtstunden in der Bibliothek gut angenommen werden.

Die andere Sache: Ich bin der festen Überzeugung, für die Zukunft Deutschlands brauchen wir beides – wir brauchen die Investitionen in die Hightech Agenda; es gibt ja auch so etwas wie Forschungsgelder für postinfektiöse Erkrankungen. Auch das ist ein großes Thema; viele Investitionen auch gerade in Gesundheitsforschung, Biotech und so weiter. Das ist auch sehr gut für Berlin, das brauchen wir. Und wir brauchen aber natürlich eine soziale Absicherung der Studierenden und ein BAföG, das das Studium so weit absichert, dass man es eben nicht abbrechen muss, weil am Ende des BAföG zu viel Studium übrig ist oder am Ende des BAföG zu viel Monat, den man nicht überbrücken kann, auch nicht durch Arbeit, insbesondere – das wurde auch gerade erwähnt – in schwieriger werdenden Arbeitsmärkten auch für Studierende. Das wollte ich an der Stelle noch mal betont haben. Wir können es nicht gegeneinander diskutieren, sondern wir müssen diese Priorität setzen, auf Forschungsförderung, auf technologische Entwicklung, auf Forschung für Zukunftsfragen für Medizin, Biotech und so weiter, und natürlich investieren in die Zukunft der jungen Menschen.

Vorsitzende Franziska Brychey: Vielen Dank! – Dann sind wir jetzt am Schluss der Anhörung, und es bleibt mir noch, Ihnen ganz herzlich im Namen des gesamten Ausschusses zu danken für Ihre Expertise, dafür, dass Sie heute bei uns waren, mit uns diskutiert haben und die Fragen beantwortet haben. Vielen herzlichen Dank! – Dann bleibt noch die Frage an die Grünen, ob wir die Besprechung heute abschließen können. – Das ist der Fall. Vielen Dank!

Dann machen wir das so. – Sie dürfen gerne schon starten, wenn Sie möchten. Sie dürfen natürlich auch gerne dem Ausschuss weiter folgen.

Punkt 4 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
**Forschungsförderung in Deutschland, Europa und
Berlin – DFG-Förderatlas 2024**
(auf Antrag der Fraktion CDU und der Fraktion der
SPD)

[0142](#)
WissForsch

Hierzu: Auswertung der Anhörung vom 16.12.2024

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 5 der Tagesordnung

- a) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
**Wissenschaftsraum Berlin-Brandenburg 2030 –
Angesichts unklarer Finanzierung: Wie werden die
strukturellen Weichen für die Zukunft gestellt?**
(auf Antrag der Fraktion Die Linke)

[0159](#)
WissForsch

- b) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
**Wissenschaftslandschaft Berlin 2035 – Perspektiven
für leistungsstarke Forschungsstrukturen in der
Hauptstadt**
(auf Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der
SPD)

[0164](#)
WissForsch

Hierzu: Auswertung der Anhörung vom 07.07.2025

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 6 der Tagesordnung

Verschiedenes

Siehe Beschlussprotokoll.